

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

131 (8.6.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.80 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. **Geschäftszeit:** 10-12 u. 2-4 Uhr abends. **Verulpr.:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Anzeigen od. deren Raum 20 A. Platzungen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Puchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Zum U-Boot-Unternehmen gegen Amerika.

Karlsruhe, 8. Juni.

Eine neue Ueberraschung in diesem Kriege, mit der Deutschland aufwartet, wird zurzeit der Welt kund getan. Am Anfang des Krieges war die erste Ueberraschung der 42-Zentimeter-Mörser, mit dem jeder Eisenbeton des stärksten Forts glatt aufgeschlagen wird, sobald solches in die greifbare Nähe dieses Geschützes gerückt ist. Die zweite Ueberraschung war die Vervollkommnung der U-Boot-Waffe, die jetzt im Kampfe gegen den Hauptfeind England so hervorragende Dienste leistet, eine Vervollkommnung, die bis jetzt von keinem Staat erreicht ist. Die dritte Ueberraschung war das U-Gandelsboot, welches Amerika einen friedlichen Besuch abstattete, als Wilson sich formell noch nicht der Entente auf Leben und Tod verschrieben hatte. Die U-Boot-Ingenieure haben damit den Beweis geliefert, daß die Tonage eines U-Bootes auch für Handelszwecke genügend vergrößert werden kann und ein derartiges U-Boot auch zu Ueberseezwecken verwendet werden kann. Die vierte Ueberraschung war dann das weittragende Langrohrgeschütz, dessen Granaten einen Weg von 120 Kilometer zurücklegen, einer Strecke die etwa der Luftlinie zwischen Karlsruhe und Freiburg gleichkommt. Die Krupp-Ingenieure haben damit die ganze Welt in Erstaunen versetzt. Die Fachleute hatten bisher die Konstruktion eines derartigen Geschützes für unmöglich gehalten und viele Konstrukteure im feindlichen Ausland sind zweifellos an der Arbeit, den Geheimnissen auf die Spur zu kommen und für ihre Staaten ein Geschütz zu bauen, das ähnliche Aufgaben löst und möglichst in diesem Kriege noch eingreifen kann. Ob es ihnen gelingen wird?

Als neueste Ueberraschung kommt jetzt das Auftreten der U-Boot-Waffe an der nordamerikanischen Küste hinzu. Man hat bis jetzt in Frage gestellt, ob die Kampf-U-Boote zu einem derartigen Aktionsradius gebracht werden können und diese Aufgabe ist gelöst. So sehr wir von unserem Standpunkt aus es bedauern, daß die Wissenschaft gemeinlich in der Vervollkommnung der Kriegswaffe ihre Triumphe feiern muß, so ist doch damit der Beweis geliefert, daß Deutschland in der Technik an der Spitze marschiert und auf allen Gebieten initiativ vorangeht. Die feindliche Menschheit mag sich einen Vers daraus machen, was sie dem Menschentum im allgemeinen schadet, wenn sie sich darauf verleiht, gerade dieses Volk der Denker und Erfinder zu vernichten.

Nun wird das Auftreten der U-Boote an der nordamerikanischen Küste von der Newyorker Presse als Theater-Coup bezeichnet. Aber die Amerikaner werden schließlich doch noch begreifen lernen, daß es sich hier mit einer realen Kriegsmaschine gegen sie handelt, mit der sie wohl zu rechnen haben werden. Auch das Auftreten der ersten U-Boote im Mittelmeer hat man theatralisch gefunden, sich aber genötigt, mit ihr als einer drohenden Gefahr zu rechnen. Die Herrscher Amerikaner schreien zwar jetzt gemaß über das deutsche Barbarentum. Aber war es absolut nötig, daß sie sich an Kriege beteiligten? Haben sie sich vielleicht gedacht, es könnte ihnen dabei nicht das geringste passieren?

Der verschwundene Riesendampfer „Cyclop“.

Berlin, 7. Juni. (Privatmeldung.) Wie der Bericht erlauter der Expres-Korrespondenz einer Züricher Meldung des „B. Z.“ zufolge erfährt, erregt das spurlose Verschwinden des amerikanischen Riesendampfers „Cyclop“ in amerikanischen Schiffsreisen und an der Newyorker Börse ungeheures Aufsehen. Der „Cyclop“, der sich mit 400 Mann Besatzung und einer wertvollen Manganzinnladung auf der Fahrt von Westindien nach Newyork befand, ist 20000 Tonnen groß und das größte Transportschiff der amerikanischen Handelsflotte. Der Dampfer ist seit einiger Zeit überfällig, ohne daß ein drahlloses Gefährsignal aufgefunden wurde. In Schiffsreisenkreisen wird angenommen, daß durch das Erscheinen der deutschen U-Boote in amerikanischen Gewässern das Rätsel gelöst und das Schiff dem Angriff feindlicher U-Boote zum Opfer gefallen ist.

Berlin, 7. Juni. (Privatmeldung.) Die „Neue Korrespondenz“ meldet, einer Verner Nachricht der „Täglichen Rundschau“ zufolge, aus Newyork: Die amerikanischen Küste und besonders der Hafen von Newyork haben seit gestern Nacht ein kriegerisches Aussehen. Die elektrischen Scheinwerfer spielen die ganze Nacht. Große Mengen von Wasserflugzeugen überfliegen die Küste und den Hafen. Die Seebehörden bestätigen, daß alle Ueberwachungs- und Verteidigungsmaßnahmen getroffen wurden, um deutsche U-Boote geführend empfangen zu können. Die Stadtbehörden von Newyork haben sich sogar für den Fall einer eventl. Beschädigung Newyorks vom Meer her vorgesehen.

Der amtliche Newyorker Börsenbericht vom 6. Juni verbreitet die Tatsache, daß neuerlich große Beträge für das Kriegsende an der Newyorker Börse abgeschlossen wurden und zwar:

2.5, daß der Weltkrieg innerhalb 8 Monaten beendet sein werde.

W.B. Anapol, 6. Juni. (Nicht amtlich.) Neuter. Marinefeldwebel Daniel sagte in einem Aufruf an die Kadetten der Marineakademie: Deutschland habe dadurch, daß es durch den U-Bootkrieg den Krieg bis vor die Tore der Vereinigten Staaten trage, das amerikanische Volk nicht erschreckt, sondern das verdeckte Feuer der Leidenschaft habe den Amerikanern die Notwendigkeit nahegelegt, noch größere Anstrengungen zu machen, damit der Feind schneller und gründlicher für seine Annäherung gestraft werde.

W.B. London, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Neuter. Aus Newyork wird dem „Daily Mail“ gemeldet, daß im ganzen 14 Schiffe, meist Küstenschoner, von deutschen Unterseebooten an der Atlantischen Küste versenkt wurden. Vorgestern wurde bei Kap Virginia der Schoner „Desank“ als Wrack treibend gefunden. Man weiß nicht, was aus der Besatzung geworden ist.

Haag, 7. Juni. Aus Washington wird gemeldet: Am Dienstag ist der norwegische Dampfer „Edsbold“ durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet. Die Londoner Mänter wollen aus Washington erfahren haben, daß ein deutsches Unterseeboot den norwegischen Dampfer „Gibbs“ beschossen und versenkt hat. Die Besatzung soll gerettet sein.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Nege Erkundungstätigkeit. Bei einem Vorstoß in die französischen Linien westlich vom Kemmel nahmen wir 2 Offiziere und 50 Mann gefangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Auf dem Schlachtfeld blieb die Geschützaktivität auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau Thierry wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Südöstlich von Sarcy nahmen wir nach starker Artillerievorbereitung die feindlichen Linien beiderseits der Ardre. Wir machten 300 Gefangene.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 7. Juni, abends. (W.B. Amtlich.) An der Schlachtfrente ist die Lage unverändert.

Ein Luftgefecht.

W.B. Berlin, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Am 5. Juni hatten mehrere unserer Flugzeuge mit 5 englischen Curtis-Flugzeugbooten nordwestlich Terjelling ein langes Gefecht, bei dem ein englisches Flugzeug abgeschossen wurde. Dieses Flugzeug verbrannte dicht unter der Küste. Drei Mann der Besatzung retteten sich ans Land. Zwei weitere englische Flugzeuge wurden schwer beschädigt. Wie aus holländischen Fernnachrichten hervorgeht, sind diese Flugzeuge gezwungen worden, bei Terjelling zu landen. Die Insassen haben die Flugzeuge verbrannt und wurden interniert. Anscheinend ist ein englisches viertes Flugzeug auf Vlieland gelandet. Sechs englische Offiziere und drei Unteroffiziere wurden in Holland interniert. Von unseren Flugzeugen geriet während des Gefechtes eines in Brand und wurde später von uns vernichtet. Die Besatzung wurde gerettet.

Luftangriff gegen Paris.

W.B. Paris, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich. Neuter. Eine Gruppe von 20 Flugzeugen kreuzte die französischen Linien und nahm die Richtung auf Paris. Die Abwehr trat sofort in Tätigkeit. Einige Bomben wurden abgeworfen. Die Verluste betragen einen Toten und einige Verwundete. Materialschaden wurde nicht angerichtet.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

W.B. Wien, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: Im Südwesten spielten sich gestern dem Geschützkampf der letzten Tage wieder lebhaftere Infanterietätigkeit bei. An der unteren Piave, bei Quero und Mori und auf dem Tonale wurden italienische Angriffe zurückgeworfen. Auf dem Monte Spinuchia verbesserten wir durch ein Stößtruppenunternehmen unsere Stellungen. Auf dem Monte Sijemol wurde der Angriff eines Bataillons im Gegenstoß zurückgeschlagen. Bei Liago scheiterten zwei feindliche Vorstöße in unserem Feuer.

Der Chef des Generalstabes

Clemenceaus greifenhafter Eigensinn.

W.B. Basel, 7. Juni. (Nicht amtlich.) Unter der Ueberschrift „Der Augenblick ist fürchtbar“, wie nach der Ausdrucksweise der „Basler Nationalzeitung“ jener ersteamtliche Kreis auf der Tribüne des P. S. Bourbons gesprochen hat, führt das Blatt zur Rede Clemenceaus u. a. aus:

Zufolge ist das Geständnis Clemenceaus, daß die Engländer und Franzosen am Ende ihrer Bestände angelangt sind. Für die Behauptung Clemenceaus, daß die deutschen Bestände ebenso erschöpft sind und daß die entsetzenden Amerikaner dann das große Ringen mit dem Triumpf der Entente entscheiden werden, fehlt es an jeder Beweisraft. Hier handelt es sich um den Trick eines Redners. Nicht mit einem einzigen Satz, sondern mit wenig beweiskräftigen Hinweisen auf die Union hat Clemenceau versucht, seine Behauptung zu bekräftigen. Die Tatsachen sprechen mit furchtbarer Deutlichkeit. Vermutlich werden auch alle noch jetzt gehegten Illusionen ebenfalls zerbrechen. Clemenceaus greifenhafter Eigensinn führt allmählich dahin, daß ganz Frankreich ein einziges großes Totenhaus wird. Nach dieser Kennzeichnung der Lage laßt der Verfasser schließlich, der Verhandlungsbüchle wäre das aussichtsreichste Schlachtfeld der Entente, wenn sie verbünde, dort ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit zu gebrauchen, einen Verständigungsfrieden offen anzubieten und den Schattentönen von Vrest zu bannen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Washington, 7. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Neuter. Eine Million Amerikaner, die eben 21 Jahre alt geworden sind, wurden vorgestern für den Militärdienst eingeschrieben. Gleichzeitig wurde die Mobilmachung von 200 000 eingeschriebenen Männern angeordnet. Damit wächst die Gesamtzahl der bisher nach dem Selectiv Service-System Aufgebotenen auf 1 555 704 Mann.

Berlin, 7. Juni. Aus Lugano wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt: „Corriere della Sera“ meldet von der italienischen Front unter dem 1. Juni: In unserer Linie herrscht das allgemeine Gefühl von nahen großen Ereignissen. In den vorderen österreichischen Linien herrscht eine muntere Ruhe. Man kann sagen, eine unnatürliche, verdächtige Ruhe.

Konstantinopel, 7. Juni. Amtlicher Bericht von gestern. Polakina-Front: In der Nähe der Küste und östlich des Jordan war das beiderseitige Artilleriefeuer zeitweise reger. Ein feindliches Flugzeug wurde durch unser Artilleriefeuer zur Landung hinter den feindlichen Linien gezwungen. Auf den anderen Fronten keine Bedeutung.

Haag, 7. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Die deutsche Konferenz über verschiedene Kriegsgefangenenangelegenheiten wird vermutlich Samstag mittag ihre Sitzungen beginnen. Die Zusammenkünfte werden im Treves-Saal Haag stattfinden. Der holländische Gesandte in Stockholm Loncher van Credeburch, der aus Anlaß der jetzigen Besprechungen über einige wirtschaftliche Angelegenheiten zwischen Holland und den nordischen Reichen im Haag weil, wird im Auftrag des Ministeriums des Neuhern bei den Besprechungen der Konferenz zugegen sein. Auch im Jahre 1917 hat er an einer ähnlichen Konferenz teilgenommen.

„Phänomenale Beschränktheit“ des Czaren Nikolaus.

Die russische revolutionäre Presse veröffentlichte dieser Tage den amtlichen Bericht, den der Kommissar Zafowlew über die Verbringung des Czaren von Tobolsk nach Jekaterinburg erstattet hat. Er ist ein merkwürdiges Aktenstück, das auch bei uns Interesse erregen dürfte. Kommissar Zafowlew berichtet u. a.:

Die Reise ging zunächst von Tobolsk bis Tjumen, 250 Werst weit, mit großer Schnelligkeit unter achtmaligem Gefährwechsel zu Wagen. „Es schien nicht, als ob die Reise Nikolaus Romanow ermüdete. Er schien im ganzen im Laufe des letzten Jahres gut zu Kräften gekommen zu sein. Er hatte viel in der freien Luft gearbeitet, Brennholz gehackt, im Garten gegraben, kurz, sich vollkommen wohl befunden; seine Gesichtsfarbe war denn auch gesund und frisch. Dagegen schien die Reise Alexandra Feodorowna sehr zu erschöpfen. Von Tjumen ging die Reise mit der Eisenbahn weiter. Romanow fühlte sich im übrigen während der Reise ganz behaglich, insofern es wesentlich drei Fragen waren, die ihn beschäftigten: seine Familie, das Wetter und das Essen. Er ist seiner Familie sehr ergeben und hat große Zärtlichkeit für sie. Er sprach weder über Politik noch über den Krieg, und seine Gedanken waren von Familienangelegenheiten in Anspruch genommen. Nur einmal ging die Unterhaltung über die gewöhnlichen Grenzen hinaus. Wir kamen an einer Kirche vorbei und Nikolaus schlug ein Kreuz. Darauf sagte er zu mir irgendetwas über Religion. Ich antwortete, daß ich zwar selbst nicht religiös sei, aber jedem überlasse, zu glauben, was er wolle. Er brach aus: „Ich bin der tiefsten Meinung, ich bin auch für völlige Gewissensfreiheit.“ Ich blickte auf ihn, ohne verstehen zu können, ob das Spott war, aber sein Gesicht hatte einen so förmlich aufrichtigen Ausdruck, so daß keine Rede von irgendeinem Hintergedanken sein konnte. Im ganzen empfing ich auf der Reise einen starken Eindruck von phänomenaler Beschränktheit des Mannes.

Und dieser Mann hat lange Jahre hindurch ein Reich von nahezu 100 Millionen Einwohner autoritär beherrscht. (D. R.)

der- sch. 8716
ng
rinnen
uch.
raiser-
traße 111.
eratur
hsfreund
24.

Klingelbeutel für Kriegsbeschädigte.

Unter dieser Überschrift lesen wir in der „Soldatener-Zeitung“: Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge schwingt den Klingelbeutel zugunsten der Ludendorff-Spende. Der General Ludendorff hat eine große Summe, die ihm zur Verfügung gestellt wurde, der Kriegsbeschädigtenfürsorge überwiesen. Diese Summe bildet den Grundstock für die Sammlung, die auf den Namen des Generals getauft wurde. Daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge viel Geld nötig hat, unterliegt keinem Zweifel. Eine ihrer wichtigsten Funktionen ist die Berufsberatung. Der Verletzte erwartet von ihr, daß sie sich seiner hilfreich annehme. Welche Verbitterung muß es bei ihm auslösen, wenn ihm gesagt wird, daß wohl die Möglichkeit besteht, ihn für einen bestimmten Beruf wieder brauchbar zu machen, daß aber zu seiner Ausbildung größere Summen nötig sind, die er zunächst beschaffen muß. Der Verletzte erhält vom Reich eine farge Rente, die kaum ausreicht, ihn vor dem Verhungern zu schützen. Davon soll er in vielen Fällen aber auch noch Weib und Kind ernähren. Muß es ein solcher Mann nicht als Hohn betrachten, wenn ihm eine bessere Zukunft in Aussicht gestellt wird, aber nur dann, wenn er Summen beschafft, die für ihn einfach unerreichbar sind. Wenn die Berufsberatung einen Sinn haben soll, dann müssen ihr auch die Mittel zur Verfügung stehen, um es dem Verletzten zu ermöglichen, von dem Rat Gebrauch zu machen.

Die Notwendigkeit, hier helfend einzugreifen, sieht jedermann ein, aber niederdrückend wirkt es, daß man sich auf den Weg der öffentlichen Sammlung begeben muß, um einen Notstand zu beseitigen, den zu beseitigen Aufgabe des Reiches wäre. Doppelt niederdrückend, daß man sich bei dieser Sammlung an die weitesten Volkskreise wendet und auch die Arbeiter um die Leistung von Beiträgen angeht. Die Arbeiter werden sich nicht ausschließen, sie werden, soweit sie dazu in der Lage sind, ihr Scherlein beitragen zur Vinderung des Elends der Kriegsbeschädigten. Man kann es diese nicht entgehen lassen, daß das Reich die Erfüllung einer Ehrenpflicht verweigert, und daß die Regierung die Kriegsbeschädigten mit Versprechungen betrübt, für deren Einlösung noch keinerlei Gebot gegeben ist.

Um so nachdrücklicher müssen wir die Forderung erheben, daß für die Versorgung der Kriegsbeschädigten öffentliche Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Einmal müssen die Renten auf eine Höhe gebracht werden, die dem gegenwärtigen Geldwert entspricht, aber auch für besondere Hilfe in Einzelfällen muß genügend Geld zur Verfügung gestellt werden. Der Hinweis, daß schon bei den feierlichen Rentenausgaben ungeheure Summen erforderlich sein werden, darf kein Grund sein, um unserer Forderung abzugeben. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und selbstverständlich der Witwen und Waisen der Gefallenen ist eine Ehrenpflicht, der sich das Reich, unbeschadet seiner sonstigen Verpflichtungen, in allererster Linie unterziehen muß.

Das wird Geld kosten, die Steuerkränze wird noch viel kräftiger angezogen werden müssen. Aber die Regierung soll das Geld nur dort holen, wo es zu finden ist. Auch bei dem neuesten Steuererlass wird der Besitz sorgfältig geachtet. Es besteht aber kein vernünftiger Grund, die Heereslieferanten und sonstigen Kriegsgewinnler steuerlich schonend zu behandeln. Die im Kriege gemachten Gewinne sind unrecht erworbenes Gut, auch in den Fällen, wo der glückliche Gewinner es vermieden hat, die Besetze zu verletzen. Es widerspricht der gefunden Vernunft, daß ein Teil des Volkes seine Haut zu Markte trägt, Leben und Gesundheit opfert, um das Vaterland zu schützen, indes andere im sicheren Port sitzen und behaglich Schätze auf Schätze häufen. Ein Gesetz, das die Kriegsgewinne im vollen Umfang dem Reich für verfallen erklärt, würde für den Rechtsgefühl des Volkes entsprechen. Wenn dabei auch die Scheu vor einer sehr gründlichen Besteuerung der großen Erbschaften abgelegt würde, dann wäre es nicht gar so schwer, für die Opfer des Krieges in einer Weise zu sorgen, die der Würde des Reiches entspricht.

Das sind Ermüdungen, die sich angesichts des für die Kriegsbeschädigten umgehenden Klingelbeutels mit Notwendigkeit aufdrängen. Sie sollen uns aber nicht abhalten, die Sammlungen nach Möglichkeit zu fördern. Es sind unsere

eigenen Angehörigen, unsere Klassengenossen, denen mit dem Ertrag der Sammlung geholfen werden soll. Es wäre grauam, wollte man ihnen deshalb die Hilfe verweigern, weil das Reich ihnen gegenüber keine Pflicht vernachlässigt.

Laut F. R. hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Generalkommission für ihre Mitwirkung bei der allgemeinen deutschen Volksammlung für Kriegsbeschädigte erucht. Zur Begründung verweist sie darauf, daß tatsächlich ein Mangel an Mitteln, die vom Reich noch nicht in genügender Höhe haben erlangt werden können, die dringende Hilfe den Kriegsbeschädigten in vielen Fällen nicht gewährt werden kann. Ohne den Kampf für Gewährung ausreichender Renten durch das Reich irgendwie zu schädigen, bleibe doch immer wünschenswert, besondere Summen für dringende außerordentliche Beihilfen zur Verfügung zu haben. Das Ansichreiben schließt: „Die Arbeiter und Angestellten bilden den weitaus größten Teil der Kriegsbeschädigten und werden auch der größten Teil derer, die in besondere Notlage geraten und Hilfe fordern, darstellen. Es würde deshalb unbillig sein und nicht verstanden werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Mitwirkung bei den Sammlungen verweigern wollten.“

Ausland.

Aus der Ukraine.

Kiew, 6. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Eine ukrainische Antinote ist gestern an die rumänische Regierung abgegangen. Die Note besteht daraus, daß das Moldau-Parlament zur Abstimmung über die Angliederung Bessarabiens von der Bevölkerung nicht bevollmächtigt war und daß die Bessarabische Bevölkerung die Vereinigung mit der Ukraine anstrebt, mit der sie geschichtlich und wirtschaftlich verbunden sei.

Kiew, 6. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Zur Erreichung eines besseren Abstands des bäuerlichen Landbesitzes wurde vom Landwirtschaftsministerium, Gouvernements- und Kreisräten mit ähnlichen Funktionen wie die der Stolypinischen Landesorganisation Ausschüsse gebildet. Der Ministerrat hat beschlossen, die ehemaligen Kabinettlandereien in der Ukraine 40 000 Desjatinen Ackerland und 100 000 Desjatinen Forsten mit zwei Zuderfabriken und Mühlen und reichem Inventar zu verstaatlichen und an das Landwirtschaftsamt zu übergeben.

Kiew, 6. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Auf der Lehrertagung beantwortete der Unterrichtsminister Wassilenko eine Anfrage dahin, er trete dafür ein, daß in der Ukraine der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Nationalitäten erklärt und vor allem im Schulwesen durchgeführt werden soll. Die Einführung der ukrainischen Unterrichtssprache sei nur für die staatlichen Schulen, beginnend mit den unteren Klassen, beschloßen.

Budapest, 7. Juni. (W. B. Nicht amtlich.) Der Wahlrechtsausschuß erledigte gestern die Wahlreformvorlage auch in den Einzelheiten. U. a. wurde die obligatorische Stimmpflicht mit gemeiner Abstammung beschlossen.

Möbelrat in England. „Daily News“ vom 7. Mai d. J. schreibt: Der Leiter einer der größten Möbelfirmen in London erklärte, die Lage im englischen Möbelgeschäft ist ernster, als man vor einem Jahre selbst für den Fall zehnjähriger Kriegsdauer angenommen hatte. Wir können uns nichts ersehen. Möbelfabrikanten geringerer Güte sind jedesmal, wenn sie hereinkommen, um 75 v. H. gestiegen. Ich glaube nicht, daß in 6 Monaten noch Möbel angefertigt werden.“

Deutsches Reich.

Herr von Batocki gegen Noeide.

Der Antrag des Agrarführers Noeide im Reichstagsausschuß ist bekannt. Er fordert einen vollständigen Umsturz unseres Ernährungssystems. Wenn es nach ihm ginge, würde der Handel mit den notwendigen Lebensmitteln freigegeben. So der Handel mit Getreide, Eier und Obst. Brotgetreide und Kartoffeln sollen nur zum Teil erst, zum andern Teil dem freien Handel überlassen bleiben. Die beschlagnahmten Mengen sollen dazu dienen, daß zunächst die ärmeren Schichten

der Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt werden. Der dem Handel freigegebene Rest würde den besserstunenden Klassen die Möglichkeit geben, „wie im Frieden“ zu leben, wenn auch mit höheren Preisen. Damit würde — so meint Herr Noeide — der Schleichhandel zu einem legitimen umgewandelt.

Wie wenig dies zutrifft, ist in der Presse schon genügend erörtert worden. Und so viel sich auch gegen die Organisation unseres Ernährungssystems einwenden läßt, die Aufhebung der Rationierung würde den Zusammenbruch unserer Versorgung im Gefolge haben.

Dieser Meinung ist auch der frühere Leiter des Kriegsernährungsamts Herr von Batocki. Er veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel, in dem er sich gegen die Leute wendet, die dahin zu wirken suchen, daß mit dem System der möglichst vollständigen Erfassung und öffentlichen Verwertung der Lebensmittel gebrochen werde, und die es einmal „anders probieren“ möchten. Er nennt dieses System „eine schmale und schwankende Notbrücke, die über den jähen Abgrund des Verderbens führe.“ Welche auch nur ein Kalten (als solche bezeichnet er Brot, Kartoffeln, Körnerfutter) zusammen, so liege Deutschland im Abgrund und verfall dem Schicksal, das die Feinde ihm zugehakt haben. Die erste Aufgabe der öffentlichen Ernährungswirtschaft sei, die Einteilung zu regeln, daß in den letzten kritischen Monaten vor der Ernte die Ernährung der Bevölkerung gesichert bleibe. Dieses Ziel könne aber weder durch den freien Handel, noch durch die Befreiung der landwirtschaftlichen Erzeugung von ihren Fesseln, noch durch sonstige neue Mittel erreicht werden.

„Sondern nur durch den schmerzlichen, überall hemmenden und drückenden bewickelten und darum nur bei äußerster vorsichtiger Behandlung festhaltenden Notbrückenbau der öffentlichen Zwangswirtschaft.“ Dieser Rat kann aber nur Bestand haben, wenn unter den Hauptbalken auch alle sonstigen Stützen und Streben sorgfältig gesetzt und erhalten werden.“

So Herr von Batocki. Nicht Abbau, sondern Aufrecht-erhaltung und Weiterführung des Systems fordert er, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wenn die Versorgung von Heer und Zivilbevölkerung mit Brot und Kartoffeln durch eigene Ernte und Zufuhr völlig gesichert ist.

„Vorher wäre dieser Schritt eine Gefährdung unserer Existenz und ein Frevel an dem Schicksal des deutschen Volkes.“

Dieses Zeugnis des Herrn von Batocki ist um so wertvoller, als er ja selber jede Erleichterung empfehlen würde, die sich für die Landwirtschaft ohne Gefahr für die Landesverteidigung durchzuführen ließe.

Erzberger und sein Heimatort.

Die „Welt am Montag“ berichtet kürzlich über eine neue, diesmal antisemitische Hezerei gegen Erzberger. Dazu schreibt ihr nun ein — nebenbei bemerkt: christlich-germanischer — Deutscher aus Erzbergers Geburtsort u. a.:

„Buttenhausen im großen Lautertal ist eine Gemeinde, die im Frieden etwa 650 und heute 560 Einwohner zählt. Diese 560 Gemeindeglieder teilen sich in etwa 160 Juden und 400 Christen, von denen wiederum etwa 20—25 der katholischen Kirche angehören. Diese sind erit im Laufe der letzten Jahrzehnte durch Zuwanderung nach hier gekommen, unter ihnen die Familie Erzberger, die aus Gumbelfingen im Lautertal, etwa 1 1/2 Stunden von Buttenhausen weglegen, stammt. Der (verstorbenen) Vater des Abg. Erzberger war Schneider und Brieftäger, ein Bruder des Abgeordneten ist heute noch diesen Doppelberuf hier aus. — Matthias Erzberger hat mit den Buttenhäuser Vieh- und Pferdehändlern so wenig Verbindung, wie Sie, verehrter Herr. Wenn er nicht noch verdammtschäblich Beziehungen nach hier zu unterhalten hätte, so hätte er mit Buttenhausen überhaupt nichts mehr zu tun.“

Nebenbei bemerkt, sind diese Vieh- und Pferdehändler ein Völkchen, mit welchem ganz gut auszukommen ist. Sie haben auch manche Charaktereigenschaften, die mir nicht gefällt, aber herrscht vielleicht bei den Christen immer Volkstommenheit? Wenn die hiesigen Juden gelegentlich beim Handel einen Bauern ein wenig einseifen, so wird dies von den Bauern ebenfalls mit Vorliebe verübt, mit dem Unterschied vielleicht, daß dies dem Bauern weniger gut gelingt als dem Juden.“

Tarab Bulba.

Von Nikolaus Bogol.

(Fortsetzung.)

Sechstes Kapitel.

Andrij vermochte sich in dem finstern schmalen Gang kaum zu bewegen, zumal er hinter der Tatarin her schleichen mußte, und noch dazu mit den vielen Profitäten vollauf gepackt war. „Gleich werden wir wieder leben,“ sagte seine Führerin, „wir sind schon nahe an der Stelle, wo ich die Lampe hingestellt habe.“

Und in der Tat, die dunklen Wände begannen sich allmählich zu erhellen. Sie erreichten einen kleinen Vorplatz, auf dem sich eine Nische zu befinden schien, wenigstens stand ein schmales Tischchen in der Form eines Altars an der Wand, über dem ein völlig verwahrlohtes und verblühtes Bild der heiligen Jungfrau angebracht war. Ein kleines silbernes Lämpchen das vor ihm hing, beleuchtete es notdürftig. Die Tatarin blickte sich und hob eine kupferne Lampe vom Boden auf, die sie hier zurückgelassen hatte und an deren schlankem, schmalen Fuß ein Ketten mit einer Kugel, einer Nadel zum Ordnen des Dochtes und ein Köchhorn hing. Sie zündete die Lampe an dem Lämpchen vor dem Heiligenbild an. Die Heiligkeit verstärkte sich und wie sie beide halb von dem Lichte bestrahlt und halb im tiefsten nachtschwarzen Schatten dahinschlitten, erinnerten sie an ein der Gemälde von Gherardo dalle Notti. Das frische, von Gesundheit und Jugend strahlende Gesicht des schönen Kojaken bildete einen schneidenden Gegensatz zu dem erschöpften und bleichen Antlitz seiner Gefährtin. Der Durchgang verweirerte sich allmählich, so daß Andrij in die Höhe zu blicken vermochte. Neugierig betrachtete er die Erdwände, wie ihn an die Höhlen in Kiew gemahnten. Ganz wie dort lag es auch hier Nischen in den Wänden, die Sätze bargen. In einigen Stellen lagen menschliche Gebeine verstreut, die in Folge der Feuchtigkeit marig geworden und zu Staub zerfal-

len waren. Offenbar hatten hier einst heilige Anachoreten gelebt, die sich vor den Stürmen der Welt, vor dem Elend und den Versuchungen herber gestüht hatten. Die Feuchtigkeit war so stark, daß ihre Füße bisweilen durch Wasser waten mußten. Andrij mußte oft stehen bleiben, um seine Gefährtin ausruhen zu lassen, die immer wieder von der Müdigkeit überwältigt wurde. Das winzige Stüchchen Brot, das sie gierig verschlungen hatte, verurteilte ihrem der Nahrung fast entwöhnten Magen starke Schmerzen und oft verzehrte sie minutenlang regungslos auf ein und derselben Stelle.

Endlich erblickten sie eine kleine eiserne Tür. „Gott sei Dank, wir sind zur Stelle,“ sagte die Tatarin mit schwacher Stimme und erhob ihre Hand, um ans Tor zu klopfen. Aber ihre Kraft verjahte. Statt ihrer pochte Andrij kräftig an die Pforte: man hörte sie stark widerhallen, was auf einen großen, freien Raum hinter der Türe hindeutete. Das Echo wurde gedämpfter, als ob es auf hohe Wölbungen gestoßen sei. Nach zwei Minuten hörte man einen Schlüsselbund rasseln und es schien, als ob jemand die Treppe herunterkäme. Endlich öffnete sich die Tür: auf der engen Treppe vor ihnen stand ein Mönch, den Schlüsselbund und eine brennende Kerze in den Händen. Beim Anblick eines jener katholischen Mönche, die die Kojaken so hielten und verachteten und mit denen sie fast noch unmen schlicher umzugehen pflegten, als mit den Juden, blieb Andrij unwillkürlich stehen, und auch der Mönch fuhr einen Schritt zurück, als er einen Saporoger Kojaken erblickte. Jedoch die Tatarin flüster ihm etwas zu, was Andrij nicht verstand, den anderen jedoch zu beruhigen schien. Er leuchtete ihnen voran, schloß die Tür hinter ihnen, führte sie eine Treppe hinauf, und bald befanden sie sich in dem hohen, dunklen Gewölbe der Klosterkirche. Vor einem der Altäre, auf denen hohe Leuchter mit Kerzen standen, kniete ein Priester und betete leise. Rechts und links von ihm knieten zwei junge Chorknaben in violetten und mit weißen Spitzen besetzten Messgewändern, die Rauchfässer in den Händen schwingend. Sie stiehn den Herrn um ein Wunder an: sie baten ihn, er möge die Stadt erretten, die mutlos gewordenen Gemüter wieder stür-

len, ihnen Geduld schenken und dem Verjucher wehren, der sie mit Unzufriedenheit, Kleinmut und schwachmütigen Klagen über die irdischen Leiden heimlich. Einige Frauen, die wie Gespenster ausluden, lagen auf den Knien, sie stühten oder legten ihre erschöpften Köpfe auf die Lehnen der Kirchenbänke und die dunklen Holzbank vor ihnen; auch sah man einige Männer, welche traurig an den Säulen und viereckigen Wandpfeilern, die die Seitenwände des Gewölbes trugen, niederkniet waren. Das buntemalte Fenster oberhalb des Altars erglänzte im rötlichen Licht des Morgenrots und warf hellblaue, gelbe und andersfarbige Lichtstrahlen auf den Fußboden, die die ganze Kirche plötzlich mit Licht erfüllten. Der Mönch in der enkernten Nische schien wie in Glanz getaucht, und gleich einer regenbogenfarbenen Wolke blieb der Weihrauch in der Luft hängen. Andrij blickte nicht ohne Bestürzung aus seiner dunklen Ecke auf das Wunder, das das Licht hier bewirkt hatte. Im selben Augenblick durchbrante das mächtige Rauchfenster der Orgel die ganze Kirche; es schwall stärker und stärker an, wurde endlich zu einem gewaltigen Donner und löste sich plötzlich wieder in himmlische Musik auf und schwebte hoch bis zur Wölbung empor, mit seinen wunderbaren harmonischen Klängen an zarte Mädchenstimmen gemahnen. Dann wieder schwall es zu einem vollen Rauschen und Donner an und verstummte. Lange noch hallten die mächtigen Klänge zitternd im Gewölbe nach, und mit halbgeöffnetem Munde ergab sich Andrij dem Zauber der gewaltigen Musik.

Doch da fühlte er, wie ihn jemand an seinem Rockschöß suchte. „Es ist Zeit,“ sagte die Tatarin. Von niemand bemerkt durchschritten sie die Kirche und gelangten zu einem Plak, der sich vor ihr befand. Rängit schon leuchtete das Morgenrot am Himmel und alles verkündete den Sonnenaufgang. Der viereckig gefornite Plak war vollkommen leer, und nur die hölzernen Tüchchen, die überall herumhingen, wiesen darauf hin, daß hier vielleicht noch vor einer Woche Lebensmittelmarkt abgehalten worden war.

(Fortsetzung folgt.)

Die Berliner demofr Redakteur idaten a zu Anfan presse. C unter den des Kri in Dip aller Kr jwentke den „Gott diesem ta Weife das überfchau

Bijep ang zwei lmeekor Behandlung berg und

fortgesetzt.

erklärt: D der Zug Kammer v von jeder i haben sei. ständlich i nicht dur Einem for vertretter gung der e e ch hat ins Haus. läßt sich be führen. A beit zu nel fordern. I wird imme lar. Das miswahber großen Kr einmal un nächste Lan zu einem i hen, der C digst erfüll Wänden i nicht das sch der meindorbn

Staats über die eine entspre leht worde die Stadt R rechtfertigt der Rechte

Ang. S Etandesher

Größes Belleidigung grund in C Konstantino hat und glo lmer Gesel

Schleswi R i h m a r Klage liegt Nadel, der den Frau V ausbruch n in Berlin z Frau von M it dahint Grunewald

Er ist nach Grafen Ber Grafen Ber

W e l t sei, von der Un Lage später habe ihn gel zwischen Ka ihren Ungr Graf Güntz heiratet. V

Vroschüre in Herr von M außerdem w wurden. D die er vor

daß sie an und zwar u über aber d kosten des

schleunige C des Verfabr Generals un

blzwartens mit fabrens mit Natur.

„Unterw 12. Dezember dianna und

Die Erftwahl im ersten Berliner Wahlkreis. Im ersten Berliner Wahlkreis haben die Unabhängigen Sozialdemokraten nach der Meldung einer Lokalcorrespondenz den Redakteur des Volksboten, Düwelle, als Kandidaten aufgestellt. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Düwelle war zu Anfang dieses Krieges Kriegsberichterstatter für die Parteipresse. Seine Berichte zeichneten sich dadurch aus, daß er unter dem Eindruck der von ihm selbst geschauten Verwüstungen des Krieges, namentlich der Verwüstungen des russischen Einfalls in Ostpreußen, die Arbeiterklasse unermüdet zur Anspannung aller Kräfte für die Landesverteidigung ermahnte. Dann schwenkte er plötzlich hin zu den Unabhängigen, erhielt von diesen den „Vorkämpfer“ übertragen und schimpfte nun in diesem tagtäglich, tagen auf jeden, der in ruhiger und nüchtern Weise das gleiche sagt, was er selbst in den ersten Kriegsjahren mit überschäumender Begeisterung geschrieben hat.“

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 56. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 7. Juni.

Vizepräsident Rohrbach gab zu Beginn der Sitzung den Eingang zweier umfangreicher Schreiben des Sanitätsamtes des 14. Infanteriekorps und der psychiatrischen Klinik in Heidelberg über die Behandlung Nerventranker in den Schwarzwaldlagerten Hornberg und Triberg bekannt. Danach wurde die Aussprache über die

Anträge zur Verfassungsänderung

fortgesetzt.

Abg. Strobel (Soz.)

erklärt: Die von dem Herrn Staatsminister in der Angelegenheit der Zuziehung von Arbeitervertretern zur Ersten Kammer vorgeworfene Unkonsequenz besteht nicht. Wir haben von jeder den Standpunkt vertreten, daß die Erste Kammer aufzuheben sei. Wir lassen uns auf eine Reform nicht ein; selbstverständlich ist aber, daß, wenn wir heute mit unserer Forderung nicht durchdringen, wir dem kleineren Übel zustimmen. Einen Fortschritt erblicken wir in der Zuziehung von zwei Arbeitervertretern in die Erste Kammer nicht. Der Kampf zur Befestigung der Ersten Kammer geht weiter. Zum Frauenstimmrecht hat der Herr Staatsminister angeführt, die Frau gehöre ins Haus. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch. Aber es läßt sich bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht durchführen. Tausende und aber tausende Frauen sind genötigt, Arbeit zu nehmen und sie haben das Recht, das Stimmrecht zu fordern. Zu der Frage des Verhältniswahlverfahrens wird immer wieder angeführt, dieses Wahlverfahren sei nicht populär. Das können wir nicht zugeben. Vielmehr hat das Verhältniswahlverfahren in den badischen Gemeinden gut gewirkt und großen Anhang gefunden. Das heutige Wahlverfahren wirkt nun einmal ungleich und gehört beseitigt. Wir erwarten, daß der nächste Landtag in der Einführung des Verhältniswahlverfahrens zu einem positiven Ergebnis kommt. Das langgegebene Versprechen, der Stadt Mannheim den 6. Wahlkreis zu geben, sollte bald erfüllt werden. Wir sehen auch, daß die Regierung den Wünschen des Zentrums entspricht, während sie jenen der Linken nicht das nötige Entgegenkommen zeigt. Das sehen wir hinsichtlich der Wünsche über die Neugestaltung der Städte- und Gemeindeordnung.

Staatsminister v. Bodman: Die Regierung hat ihr Versprechen über die Schaffung eines 6. Wahlkreises längst eingelöst durch eine entsprechende Vorlage, welche aber in dem hohen Hause abgelehnt worden ist. Es ist also nicht die Schuld der Regierung, wenn die Stadt Mannheim ihren 6. Abgeordneten noch nicht hat. Ungerechtfertigt ist der Vorwurf, die Regierung würde den Wünschen der Rechten entgegenkommen, nicht aber denjenigen der Linken.

Abg. Schön (Natl.): Der Abg. Marum hat gestern auch die

Aus aller Welt.

Aus der besseren Berliner Gesellschaft.

Großes Aufsehen erregte dieser Tage die Nachricht von einer Verleumdungsklage, die der Baron von Nabel auf Wälfersgrund in Schlesien gegen den Sohn des deutschen Botschafters in Konstantinopel, den Grafen von Bernstorff, angehängt hat und gleichzeitig gegen 16 andere Mitglieder der besseren Berliner Gesellschaft, unter ihnen den Prinzen Albert von Schleswig-Holstein, den Bruder des Staatssekretärs von Bülow, den bekannten Berliner Bildhauer Schott. Der Klage liegt eine Ehekandale zu Grunde. Der Kläger von Nabel, der sich 1912 in England mit einer aus Amerika stammenden Frau Burton geschiedene Witwe verheiratet hat, ist seit Kriegsausbruch nach Deutschland zurückgekehrt. Inzwischen haben sich in Berlin zwischen dem Grafen Günther von Bernstorff und der Frau von Nabel engere Beziehungen angebahnt. Herr von Nabel ist dahinter gekommen und hat eines Tages seine Frau im Grunewald im Hause des Grafen Bernstorff verschwinden sehen. Er ist nach seiner Darstellung in das Haus eingedrungen, hat dem Grafen Bernstorff erklärt, daß er der größte Schuft der Welt sei, hat ihn geohrfeigt und ihm die Achselstücke von der Uniform gerissen. Nach seiner Darstellung sei zwei Tage später Graf Bernstorff bei ihm im Hotel erschienen und habe ihn gebeten, sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Inzwischen klagte die Baronin auf ihre Scheidung, die jedoch zu ihren Ungunsten ausgesprochen wurde. Daraufhin hat dann Graf Günther von Bernstorff die geschiedene Baronin Nabel geheiratet. Bald darauf ist innerhalb der Berliner Gesellschaft eine Broschüre in Umlauf gesetzt worden, in der behauptet wurde, daß Herr von Nabel ein englischer Spion sei und in der ihm außerdem noch andere persönlich ehrenrührige Dinge nachgesagt wurden. Der Kläger verlangt nun von sämtlichen Beschuldigten, die er vor den Richterstuhl zitiert hat, eine Erklärung darüber, daß sie an dem Verleumdungsdelikt nicht beteiligt seien, und zwar unter Ablegung des ihnen darüber zugesprochenen Eides, aber aber die Zurücknahme ihrer Bekanntschaft und Tragung der Kosten des Verfahrens. Durch einen Rechtsanwalt ließ er um schleunige Erledigung der Angelegenheit bitten, da er während des Verfahrens dazu verpflichtet sei, als Sohn eines preussischen Generals und Abkömmling einer alten Adelsfamilie den Ausgange zu erwarten. Das Gericht beschloß jedoch die Ausheilung des Verfahrens mit Rücksicht auf noch bestehende Unklarheiten juristischer Natur.

„Unteroffiziersmanieren“. Vom Landgericht Danzig ist am 12. Dezember v. J. der Schuhmann Max Ahmus wegen Verleumdung und Körperverletzung im Amt zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden.

dabei auch den Fürsten von Fürstberg genannt. Ich muß betonen, daß der Fürst von Fürstberg ein Mann von durchaus erprobter nationaler Gesinnung ist und durchaus eine fortschrittliche staatspolitische Auffassung und demokratischen Forderungen gegenüber besitzt.

Abg. Schirmer (Zentr.) spricht sich gegen das Verhältniswahlverfahren, von dem man auf dem Lande nichts wissen wolle, und gegen das Frauenstimmrecht aus. Gegen den uns vom Abg. Ged. gemachten Vorwurf, wer gegen die Anträge stimme, der handle nicht im Staatsinteresse, muß ich mit aller Entschiedenheit protestieren.

Abg. Nebmann (Natl.) führt u. a. aus, die von dem Abg. Dr. Schöfer und Kopf gestern vorgenommene Rohrwäsche über ihre Stellung zum Proporz sei eine schwierige Arbeit gewesen. Keine Partei habe zu allen Zeiten ihre Vorrechte und Rechte auf das allergenaueste überlegt wie das Zentrum. (Abg. Dr. Schöfer: Genau, wie die Nationalliberalen.)

Die Abgg. Banischbach und Müller-Eppingen (N. Vgg.) legen nochmals ihre Stellung zu den Anträgen dar. — Abg. Wittemann (Zentr.) äußert sich zu der Technik zur Verhältniswahl, welche die Fühlung zwischen Abgeordneten und Bezirk lodern. Das Zentrum siehe dem Proporz freundlich gegenüber. Bis heute sei aber noch kein System gefunden, das verhindern, daß das platte Land unter dieäder kommt. Die Städte dürfen in ihren politischen Ansprüchen nicht berührt werden, daß sie das Land überstimmen. Die Forderung des Zentrums nach dem Proporz in den Städten ist keineswegs das Ergebnis einer scharfen Berechnung. Die Mehrheit des Volkes hat für den Proporz kein Interesse. Damit ist die Beratung geschlossen. Von den Antragstellern bemerkt Abg. Muser (F. V.), daß die Richtigkeit seiner Ausführungen nicht widerlegt worden sei. Dem Abg. Müller-Eppingen sei es vorbehalten geblieben, den lieben Gott als Zeugen gegen das Frauenstimmrecht aufzurufen. Unverständlich sei es, wie das Zentrum für das Fortbildungsgesetz, das doch eine Vorbildung der Mädchen auch für öffentliche Pflichten vorsehe, habe zustimmen können, wenn es jetzt das Frauenstimmrecht ablehne.

Hierauf wird die Abstimmung der Anträge vorgenommen. Die Anträge der Abg. Nebmann, Muser und Kopf über die Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen zur Zweiten Kammer werden mit 27 gegen 24 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Nationalliberalen, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten. Der Antrag Kopf u. Gen. über die Stellvertretung des Erzbischofs und des Stellvertretungsrechts des evangel. Prälaten in der Ersten Kammer findet einstimmige Annahme. Der Antrag Nebmann über die Minderung der Adelsvertreter in der Ersten Kammer wird mit 27 gegen 24 Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme finden die Anträge Nebmann und Kopf über die Auflösung von zwei Arbeitervertretern zur Ersten Kammer. Die übrigen Teile der Anträge werden für erledigt erklärt. Der Zentrumsantrag, das Verhältniswahlverfahren in den Städten mit mehr als 2 Abgeordneten einzuführen wird mit 25 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Muser betr. das Frauenstimmrecht wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung.

Am Regierungstisch: Justizminister Dr. Düringer.
Abg. Straub (Zentr.) berichtet namens des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf betr. die Fürsorgeerziehung, nach welchem zur Stellung von Anträgen auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung oder ihrer Aufhebung auf den Bezirksämtern auch die Staatsanwaltschaften und Jugendämter für zuständig erklärt werden. Mit der Durchführung von Fürsorgeerziehung sollen außer den Ortsämternverbänden auch Jugendämter, Gemeindevorstände und Jugendfürsorgeausschüsse betraut werden. Das Wort „Jugendamt“ sollte durch „Fürsorgeerziehung“ ersetzt werden. Der Berichterstatter stellt den Antrag, dem Gesetz zuzustimmen.
In der Aussprache begründete Abg. Straub (Zentr.) einen

urteil worden. Er ist seit dem 1. Oktober 1912 beim Polizeipräsidium in Danzig angestellt und hatte am 1. Pfingstfeiertage 1917 auf dem Bahnhof Dienst. Er sollte dafür sorgen, daß sich nicht zu viel Publikum auf den Bürgersteigen vor dem Bahnhof ansammle. Als er zu mehreren Ohnmachtigen sagte: „Edert euch hier weg!“ verbat sich der Sekundanter A. ein solches Benehmen. Der Angeklagte rief: „Sie wollen wohl eins in die Presse haben, Sie Tullas?“ A. bemerkte nunmehr, er werde sich beschämen, und ging auf die Wache. Der Angeklagte, der ihm gefolgt war, fragte ihn: „Was wollen Sie hier?“ und schlug ihn mehrmals mit seinem Notgeld und stieß ihn gegen die Wand. Hierin ist die Körperverletzung im Amt erfüllt worden, während in der Vernehmung des Wortes „Presse“ und „Tullas“ (verkommenen junger Mensch) eine Verleumdung gefunden wurde. Das Gericht hat dem Angeklagten zugute gehalten, daß er früher Unteroffizier gewesen ist und die beim Rekrutendringen angenommenen Manieren sich nicht abgewöhnt hat. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Gingericht. Das Berliner „Tageblatt“ meldet aus Augsburg, der Tagelöhner Eizenkoffer, der wegen Raubmordes an dem 17jährigen Bauerngutsbesitzer zum Tode verurteilt war, wurde gestern in Augsburg hingerichtet.

Zuchthaus für Südböhmen. Wegen Diebstahls von 29 Hühnern wurde der Arbeiter Janowitz-Posen und der Arbeiter Janowitz-Posen zu 5 Jahren, seine Schwägerin Stanislaw Jakubowski zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine religiöse Seite, die die Lehre verbreitet, ein neuer Christus sei erstanden, treibt in Mittweida ihr Unwesen. Eine in Dreierben wohnende Kriegerfrau Dietrich verließ infolge dessen in religiösen Wahnsinn und mußte in eine Seilanstalt gebracht werden.

Brand in Kiew. Gestern vormittag 10 Uhr brach in einem ukrainischen Munitionsdépôt in der Vorstadt Sberinek westlich der Lavra Feuer aus. Die sofort angestellten Löschversuche blieben erfolglos, so daß das Feuer auf die verschiedenen Munitionsschuppen übergriff, die nach und nach in die Luft flogen. Der Brand ist aus vorläufig noch nicht festgestellten Ursachen entstanden in der Nähe des Schuppens mit alten russischen Raketen. Bald nach 11 Uhr war die Gefahr beseitigt. Durch den Brand sind in der Stadt zahlreiche Fenstergehäusen zertrümmert worden. Die anfängliche Panik legte sich bald. Mittags zeigte sich bereits das gewöhnliche Straßenleben. Die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung beträgt 60 Tote und einige Hundert Verwundete, meist Ukrainer. Das gefährdete Gelände ist durch deutsche Truppen abgesperrt, die sich opferwillig an den Lösungs- und Rettungsarbeiten beteiligen.

Abänderungsantrag über den Vollzug der Zwangs-erziehung. — Abg. Schön (Natl.) begrüßt den Gesetzentwurf, ebenso Abg. Weis (Zentr.), der auf die Verwilderung der Jugend eingetret und auf die Notwendigkeit, ihr entgegenzuwirken. Bedauerlich sei die hohe Zahl der Ehescheidungen.

Abg. Wittger (Soz.) stimmt dem Gesetzentwurf zu und wünscht, daß dort, wo Jugendämter bestehen, Fürsorgeauschüsse nicht ins Leben gerufen werden. In den Fürsorgeauschüssen sollten aber nicht nur konfessionelle Vereine, sondern auch andere der Jugendfürsorge dienende Organisationen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Justizminister Dr. Düringer dankt für die wohlwollende Aufnahme des Gesetzentwurfes. Die Anregungen, es möge auch Psychiater, Lehrer, Geistliche zur Fürsorgeerziehung beigezogen werden, werden bei uns entgegenkommende Berücksichtigung finden. Der Antrag Straub bedeutet eine Verbesserung des Gesetzes.

In der Abstimmung über das Gesetz wird der Abänderungsantrag des Abg. Straub betr. den Vollzug durch das Bezirksamt einstimmig angenommen, ebenso der ganze Gesetzentwurf.

Abg. Wittger (Natl.) berichtet über das provisorische Gesetz betr. den Gebührensbeitrag. Es handelt sich hier um die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, nachdem die Erste Kammer einige Änderungen vorgenommen hatte. Dem Antrag des Berichterstatters, in dem Gesetz die Artikel 1 und 2 in der ursprünglichen Fassung wiederherzustellen und dem Art. 4 über die Wirksamkeit des Gesetzes in der Fassung der 1. Kammer anzunehmen, findet einstimmige Annahme, desgleichen der ganze Gesetzentwurf.

Abg. Reinhardt (Zentr.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Reichsversicherungsordnung. Der Gesetzentwurf bezweckt, auch die Kinder unter 12 Jahren, die in der Landwirtschaft tätig sind, in die landw. Unfallversicherung einzubeziehen.

Abg. Wittemann (Zentr.) berichtet über den Gesetzentwurf betr. Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches. Es handelt sich um die Wohnungsmeldepflicht. Das Gesetz wurde in der Fassung der Ersten Kammer einstimmig angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Abänderung des Vergesetzes, worüber Abg. Marum (Soz.) berichtete. — Einstimmige Annahme fand auch der Gesetzentwurf über die Änderung der Gebührenordnung Berichterstatter Abg. Schöpfle (N. Vgg.).

Abg. Demwald (F. V.) berichtet sodann über die Petition des Verbandes badischer Bahn-, Weichen- und Signalwärter betr. Gehalte und Pensionierung. Die Bitte wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Hier wurde um 1 Uhr die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag, 11. Juni, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Absch. 10 der Regierungsdienstschrift: Lebens- und Futtermittel.

Besuch in Augustenberg. Donnerstag nachmittag wollte eine große Zahl von Abgeordneten der Zweiten Kammer in Augustenberg bei Durlach, um die landwirtschaftlichen Anlagen der Augustenbergischen Versuchsanstalt zu besichtigen. Vom Ministerium des Innern nahm der Referent für Landwirtschaftswesen Geh. Rat Arnold an der Besichtigung teil. Die Abgeordneten nahmen zuerst die Neversederungsanstalt bei Durlach in Augustenberg und sodann die Versuchsanstalt, wo sie durch belehrende Vorträge Auffklärung über die Erfolge der mancherlei landwirtschaftlichen Versuche erhielten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juni.

Am Bundesratstisch v. Wallraf, v. Payer, Dr. Le. wald, v. Wisberg.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Graf Westarp (Konf.) fragt nach der Art der Betätigung des Abg. Erzbergers im Auftrage des Auswärtigen Amtes.

Direktor im Auswärtigen Amt Deutelmöser: Im Dezember vorigen Jahres hat Herr Erzberger dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er auf ein oder zwei Tage nach Wien zu reisen gedenke, wobei es sich aber nicht um eine politische, sondern um eine die katholische Kirche betreffende Angelegenheit handelte, deren günstige Erlebigung auch im Reichsinteresse läge. Ermächtigungen zu politischer Betätigung im Auslande sind Erzberger weder damals noch später erteilt worden. Von dem Ergebnis dieser Reise hat Herr Erzberger, wie dies auch andere Abgeordnete bei der Rückkehr von Auslandsreisen beizubringen tun, dem Auswärtigen Amt Kenntnis gegeben. Herr Erzberger hat sich seit Ausbruch des Krieges erfolgreich bemüht den amtlichen Presse- und Nachrichtenendienst mit Hilfe eines von ihm geleiteten Büros zu unterstützen. Mit der fortschreitenden Vervollkommnung des amtlichen Dienstes ist der Abbau dieses Büros im vollen Einvernehmen mit Herrn Erzberger seit langem im Gange.

Bezüglich einer ergänzenden Anfrage des Grafen Westarp, worin die Erfolge der Tätigkeit Erzbergers bestanden haben, verweist Direktor Deutelmöser auf die Kommission.

Abg. Aukhoff (Zentr.) fragt aus Anlaß des Fliegerangriffes auf Köln nach Maßnahmen zu einem wirksamen Schutz und ob der Reichsminister bereit sei, Anregungen zu veranlassen, oder Fortreibungen zu unterziehen, die dem sinnlosen Töten von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art ein Ende machen.

General v. Wisberg verweist auf die Aufklärungen, die der Chef des Stabes der Luftstreitkräfte in der Stadtkommission in Köln am 31. Mai gegeben hat. Um die Heimat vor Angriffen sicher zu stellen, sei jede Vorjorge getroffen, und auch für Köln seien alle an Güte und Zahl möglichen Mittel bereitgestellt. Bezüglich der gegenseitigen Bekämpfung von Luftangriffen erklärte der Redner: Deutscherseits könne die Einstellung der Fliegerangriffe auch später außerhalb der Kriegszone bei untern Gemarken nicht angesetzt werden. Die deutsche Reichsregierung müsse vielmehr die Vorläge der feindlichen Mächte an sich herankommen lassen. Von Seiten der gegnerischen Regierungen sei aber ein dahingehender Antrag noch nicht gestellt. Sollte er erfolgen, so würde er deutscherseits gewissenhaft geprüft und gleichzeitig erwohnen werden, welche Kompensationen gefordert werden, damit die deutschen Interessen keinen Schaden erleiden.

Abg. Schmidt (Zentr.) fragt nach Maßnahmen, um der deutschen Malzindustrie das Durchhalten zu ermöglichen.

Unterstaatssekretär v. Braun: Es wäre nur die Verteilung einer größeren Franzosenmenge in Betracht zu ziehen. Doch hängt dies davon ab, wieviel von der kommenden Ernte nach Belgien und der sonstigen Bedürfnisse hierfür übrig bleibt.

Das Haus tritt sodann in die erste Lesung einer Novelle zum Gesetz über die

Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung

auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 ein.

Staatssekretär Wallraf: Die Vorlage soll mehrere Unstimmigkeiten, die heute im Gesetz noch bestehen, beseitigen. Insbesondere erscheint es ein Gebot der Gerechtigkeit, alle Freiheitsbeschränkungen, die nach Maßnahmen der Gesetze über Kriegs- oder Belagerungszustand über Deutsche verhängt wurden, den Vorschriften des Schutzhaftgesetzes zu unterwerfen. Auch die Entschädigungsfrage muß geregelt werden.

Abg. Wendel (Soz.):

Es steht zu befürchten, daß wir auch mit dieser Milderung nicht zu befriedigenden Zuständen kommen werden. Die Schutzhaft bedeutet besonders in Elsaß-Lothringen, ohne daß dies mit Kriegsnotwendigkeiten zu tun hat. Viele Personen müssen heute noch nicht, weshalb sie in Schutzhaft genommen sind. Meistens beruhen die Verfahren auf Denunziation ganz unzuverlässiger Personen. Die Militärbehörden haben, die die Schutzhaft und die Ausweisung von Eltsässern verordnen, scheinen an Zwangsverstellungen zu leiden. Kein Wunder, daß die anfangs des Krieges vorzügliche deutschfreundliche Stimmung in Ost und West umschlägt. Mit kleinen Mitteln ist hier nichts getan. Elsaß-Lothringen muß ein autonomer Bundesstaat werden. Sonst behalten wir das Land, verlieren aber die Herzen. Wenn jetzt eine Bevölkerungsabstimmung erfolgte, so würden vier Fünftel der Bevölkerung sich für Frankreich entscheiden, nicht aus purer Liebe für die Trilore, sondern um diesem Regiment zu entgehen.

Staatssekretär Wallraf: Ich bestritte dem Vorredner das Recht, hier im Reichstag als Vertreter der elsässischen Bevölkerung zu sprechen. Mein Wort kann gefährlicher sein für die Freunde der Ausgestaltung der Selbständigkeit Elsaß-Lothringens, als das, was er soeben ausgesprochen hat.

Abg. Waldstein (F. Vp.): Ich hätte gewünscht, die Zustände in Elsaß-Lothringen wären so, daß dieses Wort nicht gesprochen werden konnte. Ich hoffe, daß die Annahme des Abg. Wendel falsch ist. Aber die Stimmung, die zu Beginn des Krieges durchaus zugunsten Deutschlands war, besteht heute leider nicht mehr in dem Umfange, obgleich die Vorbedingungen dafür gegeben sein sollten, denn man neigt naturgemäß zur Seite des Siegers. Ich hoffe, daß in aller Anerkennung der Kriegsnotwendigkeiten doch ein gutes Gesetz zustande gebracht werden kann.

General v. Wrisberg: Die Zahl der Freiheitsbeschränkungen im elsässischen Operationsgebiet, die zurzeit anhängig sind, und die von den zuständigen Militärbehörden aus Gründen der Kriegsnotwendigkeiten verfügt worden sind, beträgt tatsächlich nur zwei. (Zuruf: Hunderte!) Das können dann nur Leute sein, die eine Beschwerde an das Militärgericht nicht erhoben haben. Sie können dann nur auf Grund des Kriegszustandsgesetzes betroffen worden sein. Die Seeresverwaltung ist dauernd befreit gewesen, die Zustände zu bessern. Vom November 1917 bis Februar 1918 sind 228 Elsaß-Lothringer in ihre Heimat entlassen worden.

Abg. Dr. Nieher (Nat.): Zweifellos sind schwere Fehler von den Militärbehörden gemacht worden. Trotzdem aber schulderten die verschiedenen Deputationen aus dem Reichslande, die Autonomieforderungen stellten, die Stimmung ganz anders als der Abg. Wendel und ihnen müssen wir in erster Linie glauben. Trifft die Wendelsche Behauptung auch nur zur Hälfte zu, so muß das die Freunde der elsässischen Autonomie abstoßen. Ich beantrage, diese Novelle an die noch bestehende Schutzhaftkommission zu überweisen.

Abg. Gröber (Zentr.): Aufgabe der Kommission wird sein, auch in solchen Fällen eine Entscheidung herbeizuführen, wo die Sast vorübergehend war. Der Abg. Wendel hat der Sache, der er sicherlich dienen wollte, einen schlechten Dienst geleistet. (Sehr richtig!)

Abg. Nebel (Konf.): Unter allen Umständen müssen wir im Operationsgebiet eine Waffe gegen die Spionage in Händen haben. Es ist besser, wenn bei Mißgriffen der einzelne leidet, als daß das gesamte Vaterland und sein Heer Schaden leidet. Wir

stimmen der Novelle zu, können aber keine weitere Beschränkung der Militärbefugnis zugeben.

Abg. Herzfeld (N. Soz.): Zum mindesten muß eine Zielbeschränkung der Schutzhaft gefordert werden. Besonders richtet sich die Verfolgung mit Schutzhaft und Aufenthaltbeschränkung gegen Angehörige der unabhängigen Sozialdemokratie und gegen Sozialisten. Die Schutzhaftlinge werden in völlig ungenügenden Räumen gehalten und nicht genügend ernährt.

Abg. Gauß (Elf.): Die Novelle ist geeignet, den bedenklichen Auslegungen, die das Gesetz gefunden hat, entgegen zu wirken. 67 Personen befinden sich gegenwärtig noch in Schutzhaft. Den militärischen Befehlshabern wollen wir nicht das Recht nehmen, vorübergehend Personen aus dem Kriegsgebiet zu entfernen. Es müssen aber gewisse Garantien geschaffen werden. Wie die Abstimmung in Elsaß-Lothringen ausfallen würde, weiß weder Herr Wendel noch wir. Sicherlich würde die jetzige Mißstimmung dabei zum Ausdruck kommen. Wenn aber der Reichstag sorgefroh seine Pflicht tut, und Elsaß-Lothringen sieht, daß es hier einen mächtigen Beschützer findet, so wird dieses sich sicherlich freudig zu Deutschland bekennen.

General v. Wrisberg betont nochmals, daß nur noch in zwei Fällen die Aufenthaltbeschränkung aufrechterhalten wird, und bittet um Mitteilung solcher Fälle.

General Ritter v. Koppel: Das betr. bayerische Generalkommando hat in den hier besprochenen Fällen nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan.

Abg. Wölke (Soz.): Die sehr schlechte Stimmung in Elsaß-Lothringen ist durch die Militärbehörde verursacht. Bei Kriegsausbruch war die Stimmung ausgezeichnet.

Der Gesetzentwurf wird dem Antrag Dr. Nieher entsprechend einstimmig der Schutzhaftkommission überwiesen.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Abg. Gröber (Zentr.), den Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung, der die Wahl dreier Vizepräsidenten mit gleichen Rechten vorsieht, sofort auf die heutige Tagesordnung zu setzen und heute noch zu erledigen, um morgen die Wahl des Präsidenten vornehmen zu können.

Dem Antrag wird ohne Widerspruch stattgegeben.

Abg. Lebebour (N. Soz.): Wir erkennen das Bedürfnis an, die Zahl der Vizepräsidentenstellen zu vermehren. Es ist aber notwendig, die Reihenfolge der Stellvertretung sofort festzulegen. Die Zuerkennung gleicher Rechte an die Vizepräsidenten wäre eine geschäftsordnungswidrige Rechtsveränderung. Wir sind der Ansicht, daß die drei Vizepräsidenten neu zu wählen und die Rechte dann neu unter ihnen zu verteilen sind.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Der Antrag findet seinen Anlaß nicht in einem dauernden geschäftlichen Bedürfnis. In früheren Fällen haben wir durch vorübergehend gewählte Ersatzpräsidenten Abhilfe geschaffen. Den Anspruch der Sozialdemokraten auf den Vizepräsidentenposten kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Wir lehnen die Vermehrung der Stellen ab.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechte angenommen.

Hierauf erklärt Abg. Dove (F. V.), daß er nach dieser Beschlußfassung sein Amt als Vizepräsident niederlegt.

Vizepräsident Dr. Paasche: Wenn ich diesem Beispiel folgen wollte, hätte das Haus morgen keinen Präsidenten.

Nächste Sitzung: Samstag 11 Uhr. — Präsidentenwahl. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. — Schluß 1/27 Uhr.

Die Umgestaltung des Reichstagspräsidiums.

W.B. Berlin, 7. Juni. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat den Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen betr. die Vizepräsidentenfrage angenommen.

Das Arbeitsammergesetz.

W.B. Berlin, 7. Juni. Der Arbeitsammerauschuß des Reichstages nahm heute mit 15 gegen 13 Stimmen folgenden Antrag an: „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden Arbeitsammern errichtet. Die Arbeitsammern sind rechtsfähig. Sie sollen in der Regel für den Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden.“

mern sind rechtsfähig. Sie sollen in der Regel für den Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden.“ Hinzugefügt wurde mit großer Mehrheit folgende Bestimmung: „Beim Reichswirtschaftsamt wird ein Reichsausschuß der Arbeitsammern errichtet. Die Landeszentralbehörden sind befugt, Landesauschüsse der Arbeitsammer zu errichten.“

Getränksteuer. In seiner Sitzung am Mittwoch trat der 32. Ausschuß in die Detailberatung des Gesetzentwurfes betr. Besteuerung von Mineralwässern usw. ein. § 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, damit grundsätzlich der Besteuerung von alkoholfreien Getränken zugestimmt. Der aus der Mitte der Kommission gestellte Antrag, an Stelle der Besteuerung nach Klassen die Besteuerung nach Alkoholgehalt zu berechnen, wird abgelehnt. Auch ein sozialdemokratischer Antrag, welcher Wasser und Limonaden, die von staatlichen, gemeindlichen oder landwirtschaftlichen Unternehmungen an die in den betr. Betrieben beschäftigten Personen unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreise abgegeben wird, steuerfrei zu lassen, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, die in den Herstellungsbetrieben von den dort beschäftigten Personen getrunkenen Erzeugnisse nicht zu besteuern, angenommen.

Die Sozialdemokraten hatten weiter beantragt, die Nachbesteuerung von Borden bei Wirt, Gändlern, Konsumvereinen, Kaffee- und Limonaden- und unter anderen. Dieser Antrag wurde mit 18 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Eine weitere lebhafte Diskussion rief der sozialdemokratische Antrag, den § 39 des Entwurfs zu streichen, hervor. Dieser Paragraph sieht eine Erhöhung der jetzt geltenden Zollsätze für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade zum Teil von über 100 Proz. vor. Der sozialdemokratische Redner bestritt den auch bei diesem Entwurf gemachten Versuch, eine allgemeine Erhöhung der Zollsätze vorzubereiten, als volkswirtschaftlich durchaus verfehlt und industriefeindlich. Bei dem Mangel an Rohstoffen und Genußmitteln im Deutschen Reich muß eine Ermäßigung der diversen Zollsätze in Betracht gezogen werden, um den Import zu steigern, so aber wird der Bezug vom Ausland erschwert und der Konsum von diesen Getränken den armen Kreisen nahezu unmöglich gemacht werden. Von Regierungseite wird bestritten, daß Kakao ein Rohstoff sei; die Abstimmung ergibt Annahme der Erhöhung der Zölle für Kaffee und Tee, während die für Kakao und Schokolade vorgesehene Zollserhöhung abgelehnt wird. Die Getränkesteuer sind in erster Lesung im wesentlichen nach den Regierungsvorschlägen angenommen, die zweite Lesung beginnt am 10. Juni.

Aus der Partei.

* Frauenversammlung in Freiburg. Die Genossin Juchacz, Mitglied des Parteivorstandes, die sich zurzeit auf einer Vortragsreise befindet, sprach am Montag abend in einer gutbesuchten Versammlung in Freiburg i. B. Ihre klar und verständlich gehaltenen Ausführungen über: „Die erworbene Frau als Mutter und Staatsbürgerin“ lösten lebhaften Beifall aus. Als ersten Erfolg der Versammlung konnte die Aufnahme von 30 neuen Mitgliedern für die Partei gebucht werden.

Internationale sozialistische Konferenz. Reuter meldet laut „Frankf. Ztg.“ aus London: Branting, der Vorsitzende der schwedischen sozialistischen Partei, und Troelstra, Vorsitzender der sozialistischen Partei in den Niederlanden, erhielten eine Einladung zur Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei, die am 26. Juni beginnt. Auf dieser Konferenz soll vor allen Dingen ein Gedenkenauschluß über internationale Angelegenheiten erfolgen. Nach der Konferenz werden Albert Thomas und Vandervelde, die ebenfalls zur Konferenz eingeladen sind, nach Paris zurückkehren, wahrscheinlich in Gesellschaft Branting, Troelstra, Genberson und Gussman, um dort über die Möglichkeit der Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz zu beraten.

Baden.

r. Durlach, 8. Juni. Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung sämtliche Vorlagen genehmigt. Ausführlicher Bericht folgt nach.

Oberweier bei Bühl, 8. Juni. Eine Frau aus Kirchweier, welche hier Erdbeeren gekauft hatte, wurde beim Ueberqueren der Bahngleise von einem heranbrausenden Schnellzug überfahren und sofort getötet. Nach dem „N. B. W.“ war die Bahnschranke zu früh geöffnet worden.

Mannheim, 7. Juni. Die 14 Jahre alte Fabrikarbeiterin Margarethe Jakob in Walldorf geriet beim Ueberqueren der Gleise vor einem in der Richtung nach Walldorf fahrenden Zug unter die Maschine und konnte nur als verblutete Leiche unter dieser hervorgezogen werden. — Der sechsjährige Sohn des Eisenbahnwärters Worm wollte zwischen zwei Fußwecken hindurchschlüpfen. Er geriet dabei unter einen Wagen und wurde schwer verletzt.

Billingen, 8. Juni. Fabrikant Thiergärtner in Baden-Baden hat sein auf dem Annaberg gelegenes Hofgut dem Reichsmilitäriskus mit der Zustimmung des Hofes als Genußgüterheim für kriegsbeschädigte Mannschaften des 14. A. R. dauernd übergeben.

Freiburg, 7. Juni. Die Stadt Freiburg ist in der glücklichen Lage, durch sparsame Wirtschaft mit der ihr zur Verfügung stehenden Brotgetreidemenge es bei der bisherigen Produktion von 200 Gramm pro Kopf und Tag belassen zu können.

Berichtszeitung.

Wegen zehn Treibriemen diebstahlen, die in einer Fabrik in Rheina verübt worden waren, standen vier Arbeiter vor des Strafammer Mannheim. Die drei verurteilten den Tagelöhner A. Döberas aus Heddesheim zu vier Jahren Zuchthaus, den Dachbeder B. Sader aus Redarau zu zwei Jahren, den Schlosser Fr. Wetterolf aus Redarau zu 2 1/2 Jahren und den Schuhmacher A. Obrist aus Lothar wegen Gehelei zu drei Jahren Gefängnis. Die gestohlenen Treibriemen hatten einen Wert von 6000 Mk.

Wegen einer Reihe schwerer Diebstähle stand der verheiratete Fabrikarbeiter J. Faller von Hilsbach vor der Strafammer Konstanz. Der Verheiratete verübte gegenwärtig eine vierjährige Zuchthausstrafe, die er von der Strafammer Waldshut anferlegt erhielt wegen seiner Raubzüge, die er im Oberland ausführte. Unter Einrechnung dieser Zuchthausstrafe wurde Faller zu vier Jahren 8 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Trübners Nachlaß.

In dem Auktionshaus von Lepke in Berlin, ist der Nachlaß Wilhelm Trübners ausgestellt: Bilder, die er gemalt, andere, die er als sich verwandt geliebt, und mancherlei Möbel und seidene Stoffe, wie er sie durch Jahrzehnte hindurch gesammelt hat. Man kann einen Blick tun, so schreibt der „Vorwärts“, in die abgeschlossene Welt eines seines Sonderdaseins sich bewußten Menschen. Man erlebt den Künstler. Das ist das Ergreifende an solch einem Nachlaß. Alles, was nimmer hier verlassen steht, auch das Wertigste, hat einmal dazu beigetragen, den Künstler, der es täglich ansah, und mit ihm zusammen atmete, aufzubauen. Des Künstlers eigene Werke waren durch die Ganzheit dieser jetzt auseinanderfallenden Sammlung schöner und seltener Dinge hindurchgegangen.

Alle diese Dinge verraten etwas von des Künstlers juchender Leidenschaft: so wie sie sind, war er. Dunkle Saute, rote Damaste, schwere Schränke, dazu Granat und andere mannigfaltige Deutsche, auch Holländer. Stiel: reißes Handwerk und gehaltene Würde. Ein wenig Reizung zum Repräsentativen und Pompösen. Nicht ganz ohne Erinnerung an das geschichtliche Wissen der Akademie und an den Halbhammer des Meisters von ehemals. Kein Japan, kein frühes Griechentum, keine Primitiven, keine Exoten, keine Franzosen. Deutscher kann man gar nicht beständig bekommen, was Wilhelm Trübner, trotz aller seiner lebhaften Experimente, schließlich doch von den jüngeren Generationen getrennt und zu einem Meister früherer Tage gemacht hat. Er hatte noch Empfindungsstadien, die ihn an die Renaissance und den Barock knüpfen. Dennoch hat er sich von Paris, von Courbet und Manet, beflügeln lassen.

Zu den reizvollsten seiner Jugendarbeiten gehören die beiden Anbetungen liegender, ganz in Grau gezeichnet, mit ein wenig rosa lüftig gemachter Frauenakte. Von dem einen sind nur die Beine zu sehen. Ein anderer zeigt, wach Vergnügen der Jüngling an Strümpfen nahm. Aber dann ist er langsam doch Professor geworden. Er hat sogar richtige, der höheren Güterlehre genügende Kompositionen, Prometheus und dergleichen, hergestellt. Diese Stücke werden sehr schnell vergessen sein. Schon heute wirken sie als Fremdkörper. Der früheste und der letzte Trübner, der ganz dunkle und der schmetternd grüne, das waren wahrhaft Maler. Der Nachlaß beständig das. Es hat beinahe etwas Geniales, wie dieser allerletzte, farbig aufblühende Trübner Wer-

gangenheit und Herkunft verleugnet, überwindet, fast möchte man sagen, niederstößt. Einer, der sich selbst heimatlos macht. In diesen Jahren muß es ihm mitunter zwischen seinen Damasten und Samten ganz seltsam, beinahe etwas titanenhaft vorgekommen sein.

Am Dienstag begann in Berlin die Versteigerung des Nachlasses von Trübner. Es war natürlich wieder eine der üblichen in Berlin und auch an anderen Orten zu findenden Sensationen. Die Käufer waren fast ausschließlich Kunsthändler, die die Preise ohne Falten in die Höhe treiben. Wir wollen nur einige Zahlen nennen. Es wurde gezahlt: für die beiden Bilder des Vaters und der Mutter des Künstlers zusammen 56 000 Mk., für das Selbstporträt als Einjähriger 25 000 Mk., ein weiteres Selbstporträt 25 500 Mk., für das Porträt eines Einjährigen 43 000 Mk., Blondine mit Hut 42 000 Mk., Mädchen mit Pelztragen 41 000 Mk., das Bildnis eines Studenten 32 000 Mk. Das Nielenbild der Prometheus brachte es auf 7100 Mk., die Andromeda auf 7500 Mk. Die verschiedenen Fassungen von Kaiser Wilhelm I., auf dem Schlachtfeld von Walsiren begrüßt, hielten sich zwischen 5 und 10 000 Mk. Die Fürstenbildnisse wurden mit 7 bis 11 000, das des Großherzogs von Baden sogar mit 19 000 Mk. bezahlt. Die grünen Aste aus den 90er Jahren wurden mit 7 bis 15 000 Mark eingeschätzt. Im Vergleich zu diesen Preisen ging das prachtvolle Porträt Trübners von Leib für 131 000 Mk. verhältnismäßig billig an einen Münchener Händler. Für ein Männerbildnis Leibls wurden 78 000, ein Anabenkopf 75 000 Mk. bezahlt.

Die Versteigerung des Trübner-Nachlasses kam am Mittwoch zu Ende. Die neuen Freilichtbilder Trübners brachten es nicht mehr zu den hohen Preisen der Frühwerke. Durchschnittlich wurden für die besseren Stücke 12 bis 15 000 Mk. bezahlt; nur vereinzelte wurde diese Summe überboten. So brachte noch das „Vollonzimmer am Starnberger See“ 41 000 Mk., das „Neiterporträt des Fräulein von Holzhausen“ 34 000 Mk., der „Bild auf den Hof des Stiflers Neuburg“ 30 000 Mk., eine Partie am Starnberger See 28 500 Mk., das Brustbild des Großherzogs von Hessen kam auf 6000 Mk., ein Kopfbild des Königs von Württemberg auf 5300 Mk., ein Brustbild des Großherzogs von Baden auf 3900 Mk. Zum Schluß gab es noch ein gewaltiges Bielen auf die alten Möbel, Teppiche, Gobelins und Brokatstoffe. Das Gesamtergebnis beträgt etwa 3 Millionen Mark; davon für Werke von Trübner 1 825 000 Mk.

Auf 2... Gewerlich... anberaumt... und Ra... Krieges du... An Unie... Unter ein... Gewerlich... ten Kolleg... Quedes be... digen wir... offer und... besonders... wurde auf... ladungen e... alle Gener... des 1. Qu... Befund der... Folge gege... im Reichst... ganisations... Anteressen... schaft man... tes am me... rend des... Gewerlich... hammerge... der Reichs... nicht das... wurde auf... terlage. E... mergefeh... und ander... Arbeiter... Passus de... tretung vor... nen dar... unter gang... Regierunge... Wählbarkeit... Arbeitnehme... kamern ge... Gewerlich... Ein al... hellen von... berichtigt... im Regier... schimm sind... hältnisse stel...

im M... B...

Di... nachm... lageit...

Pa... Karls... mmm... Kasse...

Hu... bekan...

Die...

Paul...

Pa...

Le...

Tüch...

Fournier...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 8. Juni.

Gewerkschaftsstatut Karlsruhe.

Auf Donnerstagabend hatte das Gewerkschaftsstatut in der „Gewerkschaftszentrale“ eine Vertreterversammlung anberaunt. Der in gedrängter Form vorgelegte Mitglieder- und Kassenbericht des Jahres 1917 läßt die Spuren des Krieges durchblicken. Eine Mitgliederzunahme ist zu verzeichnen. In Unterführungen wurden insgesamt 73.650 Mk. ausbezahlt. Unter einer Reihe von Mitteilungen wurde die Beteiligung der Gewerkschaftler an der Rubendorffspende vom Vorsitzenden Kollegen Hof empfehlend erwähnt, unter Erörterung des Zweckes der Spende, welche als soziale Beihilfe der Kriegsbeschädigten wirken soll. Andererseits wurden die gewaltigen Kriegserfordernisse und Entbehrungen, welche die Arbeiterklasse leisten muß, besonders hervorgehoben. Die Regelung der Beitragsfrage wurde auf die nächste Versammlung verlegt, wozu besondere Einladungen ergehen werden. Die dort gefassten Beschlüsse sind für alle Gewerkschaften bindend. Zu dem gedruckten Kassenbericht des 1. Quartals berichtet Revisor Koll. Stoll über geordnete Befund der Kasse und beantragte Entlastung, welchen Anträge Folge gegeben wurde. Ueber die Arbeitskammervorlage im Reichstage referierte Sekretär Koll. Prull. Die großen Organisations der Produzenten und Händler haben schon längst ihre Interessenvertretung in verschiedenen Kammern. Der Arbeitermangel ein solches Organ, obwohl diese Schicht des Staates am meisten eine solche Interessenvertretung benötigt. Während des Krieges haben infolge Annäherung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen diese auf das Kompromiß des Arbeitskammergesetzes sich vereinigt und einen diesbezüglichen Entwurf der Reichsregierung eingereicht. Der Regierungsentwurf bringt nicht das, was billigerweise erwartet werden konnte. So z. B. fehlt den Tarifverträgen bis heute noch die gesetzrechtliche Unterlage. Eine Reihe von Aufgaben müßte unter das Arbeitskammergesetz gestellt werden, so Arbeitsnachweis, Arbeitsvermittlung und anderes mehr. Bedauerlich ist, daß die wichtigsten Fragen der Arbeiterklasse in diesem Entwurf gar nicht berührt sind. Der Rißus des Regierungsentwurfs sieht nur sachlich berufene Vertretung vor, was eigentlich längst Aufgabe der Berufsorganisationen war. Ein besonderer Mangel ist, daß den Arbeitnehmern nur unter ganz erschwerten Verhältnissen eine Sonderkündigung in dem Regierungsentwurf eingeräumt ist. Ein großer Unterschied der Wählbarkeit besteht zwischen Sekretären der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zugunsten der ersteren. In Bezug der Angestelltenkammern geht der Regierungsentwurf entgegen den Vorlagen der Gewerkschaften seine sonderbar eigenen Wege.

Ein alter Wunsch, daß die Arbeitskammern Schlichtungsstellen von Differenzen darstellen sollen, ist im Entwurf nicht berücksichtigt. Große Arbeitergruppen, Seeleute, Landarbeiter, sind im Regierungsentwurf überhaupt nicht berücksichtigt. Sehr schlimm sind die Eisenbahner daran. Alle nicht im Arbeitsverhältnisse stehenden sind völlig ausgeschlossen, der übrige Teil nur

unter besonderen Kautelen und nachteiligen Bestimmungen erwählt.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme, welche an das Präsidium des Reichstages gerichtet ist: „Im Auftrage der freien Gewerkschaften Badenens geäußert sich das unterzeichnete Gewerkschaftsstatut dem hohen Reichstage mitzuteilen, daß die in unseren Berufsverbänden vereinigten Arbeitnehmer in dem von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf betr. Arbeitskammern eine zufriedenstellende Lösung des Problems nicht erblicken können. Wir sind vielmehr der Meinung, daß der Entwurf die wichtigsten Wünsche der Arbeitnehmer unberücksichtigt läßt.

Insondere müssen wir erklären, daß wir nur in Arbeitskammern auf territorialer Grundlage, die der Gruppe der Arbeitnehmer ohne Einschränkung selbständige Vertretung, Anträge und Gutachten ermöglicht, eine wirkliche Interessenvertretung erblicken können. Wir erwarten weiter, daß alle Beschränkungen bezüglich der Wahl der Arbeitersekretäre beseitigt werden. Die freien Gewerkschaften Badenens sind der Ansicht, daß der von den vereinigten Arbeiter- und Angestelltenverbänden eingereichte Entwurf die Mindestwünsche der Arbeitnehmer enthält, die wesentlichen Interessen der Arbeitgeber zur Genüge berücksichtigt, und so eine geeignete Grundlage für ein Arbeitskammergesetz abgeben können.“

Schluß der Sitzung um 11 Uhr. Sch.

Zur Rubendorff-Spende.

Das deutsche Volk ist nach Kräften bemüht, einen kleinen Teil des Dankes den Männern abzustatten, die für seine Erhaltung ihre Gesundheit und ihr Lebensglück geopfert haben. Die Kriegsfürsorge wetteifert darin, Schwerverwundeten, die ihren bisherigen Beruf nicht mehr ausüben können, neue Wege zu weisen, auf denen sie nicht auf die Mühseligkeit ihrer Rinnenischen angewiesen sind und aus eigener Kraft vollwertige Arbeitskräfte wieder zu werden vermögen. Naturgemäß hat sich das Mittel und die Fürsorge, zumal der Patentreise mit besonderer Vorliebe derjenigen Kriegsbeschädigten angenommen, deren Schaden besonders in die Augen springt, der zwar schwerer Verwundeten, aber doch seelisch und körperlich kräftigen und gesunden Männer, die bei zweckmäßiger Berufswahl nur unwesentlich gegen ihre Kameraden im Erwerbsleben zurückstehen. Was wurde aus den schwereren Kopfverletzten im Frieden? Sie endeten, wenn sich nicht die Angehörigen des unselbständig Gewordenen annahmen, in Seuchen- oder Armenanstalten. Soweit sie nicht von ihrer Familie fürsorglich bewahrt werden können, müssen wir für sie geeignete Pflegefamilien suchen oder sie in Krankenanstalten unter ärztliche Fürsorge bringen, um ihnen den Rest ihres verlorenen Daseins zu erleichtern. Dazu sind Mittel notwendig, und um sie zu sammeln, dient der Aufruf zur Rubendorff-Spende! (Wir verweisen auf den unterer heutigen Auflage beigegebenen Aufruf.)

Sozialdem. Verein Müppurr. Wir machen die Parteigenossen und Volksgenossen nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr im „Zähringer Löwen“ stattfindende wichtige Besprechung aufmerksam und erziehen um zahlreiche Beteiligung und pünktliches Erscheinen.

Sozialdem. Verein — Bezirk Mittelstadt. Wie in den übrigen Stadtteilen, muß auch in der Mittelstadt die Parteitätigkeit wieder aufgenommen werden. Zu diesem Zweck findet am Mittwoch, 12. Juni d. J., abends 8 Uhr in der „Cambrinus-Halle“ eine sehr wichtige Besprechung statt. Genosse Stadtrat Eugen Ged. wir das einleitende Referat halten. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, sowie Volksgenossen, zahlreich zu erscheinen.

Stadt. Konzerthaus. In Lebars Meisteroperette „Der Kastelbinder“, welche zur Eröffnung des diesjährigen Sommertheaters gewählt wurde, wird Hans Otto Rodden, der das Werk selbst inszenieren wird, die Hauptrollen spielen.

Stadtpark. Trotz der letzten heißen Nächte hat sich die Rosenblüte im Stadtpark herrlich entfaltet. Der vor einigen Jahren neuangelegte Rosengarten mit seinen 2000 Rosenbüschen blüht heute wieder eine farbenreiche herrliche duftende Augenweide. Dem Besucher des Rosengartens fallen vor allem die vielen überaus mit Blumen bedeckten Karf- oder Schlingentrien auf, die teils an den beiden Abzweigungen im Osten und Westen, teils am Lebergang, teils an der hohen südlicher Abzweigung angepflanzt sind.

Gr. Hoftheater. In dem dreitägigen Lustspiel „Meine Frau, die Hofhauspielerin“ von Alfred Möller und Lotar Sachs, das am heutigen Samstag hier seine Erstaufführung erlebt, wirken neben Fräulein Else Noorman in der Titelrolle noch folgende Darsteller in hervorragenden Aufgaben mit: Hedwig Holm, Felix Baumbach, Robert Birtner, Karl Dapper, Rudolph Esel, Paul Gemmede, Fritz Herz und Hugo Böder; außerdem die Damen Misch und Schöning, sowie die Herren Becker, Benedikt Müller und Raichen. Die Inszenierung besorgt Otto Kienhöfer. — Die Vorstellung beginnt um 8 1/2 Uhr.

Colosseum. Valles Kleinkunstbühne „Wien-München“ gibt täglich abends 8 Uhr Vorstellung, Sonntag, 9. Juni finden zwei Vorstellungen — nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr — statt. Es ist dies der letzte Sonntag mit der mit so kolossalem Beifall aufgenommenen Fosse „Die Venus von Milo“.

Letzte Nachrichten.

Verstelt.

W. Berlin, 7. Juni. (Antsch.) Im Mittelmeer versenkten deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote fünf Dampfer und sechs Segler zusammen über 20000 B.M.K. Die Dampfer wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Einer von ihnen war ein Kriegsmaterialtransporter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rabe; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Duisenstraße 24.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut

Veronika Böller
im Alter von 23 Jahren sanft verschieden ist.
Bisach, den 7. Juni 1918. 8746

Familie Ziviat Zöller
Familie Leonhard Buß
Der Bräutigam Alfred Leopold
3. St. im Felde.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Neue Anlagestraße 32 aus statt.

Residenz-Theater Waldstrasse
Samstag einschl. Dienstag.
Friedrich Zelnick und Hanni Weiße
in 8743

„Das Doppelgesicht“
Filmspiel in 4 Akten

Melitta Petri, Leo Peukert,
Herbert Paulmüller
in dem Lustspiel

„Alles fürs Kind“.

„Deutsche Hilfe in Finnland“.
Mit dem deutschen Landungskorps.

ULI
Luxeum Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Ab heute!
Mady Christians
in ihrem neuesten Film
Am Scheidewege
Drama in 4 Akten.
In den übrigen Hauptrollen:
Hans Albers und Hermann Vallengin.

Rita Clermont
in dem Lustspiel
Das Gänschen vom Lande
3 Akte. 3733

Der Seeflieger. Naturaufnahme.
Anfang tägl. 8 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Ab heute:
Magda Sonja
und
Hubert Marischka-Wien
bekannt und beliebt durch seine Gastspiele in der
Wilhelma in dem neuen Film

Um ein Weib
Die Tragödie eines Bauernburschen in 4 Akten.

Paul Heidemann u. Resel Orla
in
Paulechen Pechnelke
Lustspiel in 2 Akten. 8737

Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Grossherz. Hoftheater.
Spielplan vom 9. Juni bis 16. Juni.

Sonntag, 9. Juni, A. 62, „Mignon“, 1/7-1/10. — Montag, 10. Juni, A. 64, „Meine Frau, die Hofhauspielerin“, 1/8-1/10. — Dienstag, 11. Juni, B. 65, „Nappelskopf“, 7 bis gegen 1/10. — Donnerstag, 13. Juni, A. 65, „Edelweiss“, 7 bis geg. 1/10. — Freitag, 14. Juni, B. 66, „Der Troubadour“, 1/8-1/10. — Samstag, 15. Juni, A. 66, „Genoveva“, 1/7-1/11. — Sonntag, 16. Juni, C. 66, „Figaros Hochzeit“, 1/7-1/10. — Im Konzerthaus: Sonntag, 9. Juni, „Der Kastelbinder“, 1/8. — Montag, 10. Juni, „Wiener Blut“, 1/8. — Dienstag, 11. Juni, „Alt Seidelsberg“, 1/8. — Mittwoch, 12. Juni, „Ein Balgertraum“, 1/8. — Donnerstag, 13. Juni, „Der Kastelbinder“, 1/8. — Freitag, 14. Juni, „Wiener Blut“, 1/8. — Samstag, 15. Juni: zum erstenmal: „Die Rose von Stambul“, 1/8. — Sonntag, 16. Juni, „Die Rose von Stambul“, 1/8. — Im Gr. Theater in Baden-Baden: Mittwoch, 12. Juni: zum erstenmal: „Meine Frau, die Hofhauspielerin“, Lustspiel in 3 Akten von Rudolf Müller und Lotar Sachs, 1/7. 3742

Hausfrauen haust, „Hohlo“
Alleiniger Hersteller: Fritz Hohl, Karlsruhe.

Kriegskrippe Leopoldstr. 51,
Tag- und Nachtbetrieb,
nimmt Kinder aller Stände, auch für vorübergehend abwesende Mütter in Pflege. Die Krippe steht unter ärztlicher Fürsorge und ausgebildetem Pflegepersonal. 3739
Der Vorstand der Abteilung II. des Bad. Frauenvereins

Tüchtige Fourniersäger
werden gesucht. 3692
Fourniersäge-Werk, Oberensingen, Wttbg.

Umzüge
mit
Möbelwagen
und Rollen
besorgt billig

A. Mulsinger
Dorfstraße 4.
Telephon 1700.
Spiegel.

Frieden der Verpändigung.
Reichstagsrede von Ph. Scheidemann.
Preis 10 Pfa. (Porto 3 Pfg.)
Buchhandlung Volksfreund, Duisenstr. 24.
Telephon 123.

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 10. Juni bis 16. Juni 1918.

- 1. Teigwaren**
1/2 Pfund zum Preis von 12 Pfg. gegen die Marke F Nr. 87.
- 2. Maggissuppen**
50 gr zum Preis von 9 Pfg. gegen die Marke G Nr. 87.
- 3. Kochfertige Suppen IX.**
(eigene Herstellung)
1/2 Pfund zum Preis von 32 Pfg. gegen die Marke H Nr. 87 und
- 4. Marmelade**
1/2 Pfund zum Preis von 46 Pfg. ebenfalls gegen die Marke H Nr. 87.
- 5. Fett**
125 gr gegen die Fettmarken A und B Nr. 87 und zwar in den Fettverkaufsstellen
Nr. 201-230a Dienstag bis Donnerstag
Nr. 237-265 Donnerstag bis Samstag
Nr. 266-291 Samstag bis Dienstag den 11. Juni 1918.
- 6. Eier**
1 Inlandsei zum Preis von 28 Pfg. gegen die Eiermarke A Nr. 87. Sammelurken werden mit drei Eiern für 5 Personen eingelöst.
- 7. Dörrrost (Apfel und Mischobst)**
1/2 Pfund zu M. 1,60, markenfrei.
- 8. Dörrgemüse (Gelbrüben)**
1/2 Pfund zu M. 1.— markenfrei.
- 9. Kondensierte Milch**
Die Restbestände in den Geschäften werden markenfrei abgegeben.
- 10. Kindernährmittel**
1 Paket von 250 g zu M. 1.— gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 87.
- 11. Fleisch**
225 g (175 g Fleisch und 50 g Wurst).
- 12. Kartoffeln**
15 Pfund gegen die Kartoffelmarke A Nr. 87 mit Aufschlag für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelzusatzmarken A und B Nr. 87.
- 13. Sauerkraut**
In den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten wird Sauerkraut bis auf weiteres markenfrei abgegeben. Preis 25 Pfg. für das Pfund.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 11. Juni 1918.

Die Abgabe der Fleischmenge erfolgt schon ab Samstag, den 8. Juni 1918. Die Metzgereischäfte haben die jeweilige Wochenmenge an Fleisch und Wurst in ihren Läden durch Aufschlag öffentlich bekannt zu geben.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 11. Juni 1918.

Die Abgabe der Fleischmenge erfolgt schon ab Samstag, den 8. Juni 1918. Die Metzgereischäfte haben die jeweilige Wochenmenge an Fleisch und Wurst in ihren Läden durch Aufschlag öffentlich bekannt zu geben.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 11. Juni 1918.

Die Abgabe der Fleischmenge erfolgt schon ab Samstag, den 8. Juni 1918. Die Metzgereischäfte haben die jeweilige Wochenmenge an Fleisch und Wurst in ihren Läden durch Aufschlag öffentlich bekannt zu geben.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 11. Juni 1918.

Die Abgabe der Fleischmenge erfolgt schon ab Samstag, den 8. Juni 1918. Die Metzgereischäfte haben die jeweilige Wochenmenge an Fleisch und Wurst in ihren Läden durch Aufschlag öffentlich bekannt zu geben.

Besucht zum sofortigen Eintritt Köchinnen und Küchenmädchen

für die Stappen. Städt. Arbeitsamt 3715
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100, 2. St.

Schreiner, Schlosser u. Tüncher

garnfondienst- oder arbeitsverwendungsfähig, sofort gesucht. Angebote unter Chiffre G. 1668 an die Geschäftsstelle des Volksfreund. 2866

Größere Anzahl junge Mädchen

saubere, fleißige für unsere Nahrungsmittelfabrik gesucht. Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Gesellschaft Sinner, Grünwinkel.

3726

Stadtgarten Karlsruhe.

Nur bei schönem Wetter

Sonntag, den 9. Juni 1918, nachm. von 3 1/2—7 Uhr.

Volkstüml. Musikaufführungen

ausgeführt von der

Kapelle des Landwehr-Inf.-Reg. 109.

Musikleiter: Herr Königl. Obermusikmeister Granzau.

Eintrittspreise:

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten 80 P.
Soldaten vom Feldwebel abwärts u. Kinder unter 10 Jahren 40 P.
Sonstige Besucher 80 P.

Vortrags-Ordnung 10 Pfennig. 3734

Speisewirtschaft

Sofienstr. 73, Eingang Lessingstr.

Samstag u. Sonntag:

„Zarte frischgebadene Leber“

Deutsches Beefsteak

la. junges Rostfleisch

ohne Marken.

Täglich vorzügliches Sauerbraten — Goulasch.

Um gütigen Zuspruch bittet

H. Adler.

3745

COLOSSEUM

Waldstr. 16/18, Direktion: Gust. Kiefer. Telef. 1938.

Heute und täglich abends 8 Uhr

Sonn- und Feiertags auch nachmittags 4 Uhr

Gastspiel

Valle's Kleinkunstabühne

Wien-München

Gründer des Münchener u. Frankfurter Intimen Theaters.

Sonntag, den 9. Juni 1918

der mit so kolossalem Beifall aufgenommenen Posse

„Die Venus von Milo“

mit „Josef Schäfer“ als „Moritz Puppig“

und das übrige Programm. 3736

Zum sofortigen Eintritt wird eine größere Anzahl

Frauen u. Mädchen

gesucht. Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Zu melden beim Portier.

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Cie.

Bannwaldallee 1 und 2.

Voile-Kleider und -Blusen

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34

Begen

Geschäftsauflösung

werden zu jedem annehmbaren Preise abgegeben:

1 schönes Sofa, 1 schöne Salongarnitur, 1 Plüschgarnitur, 1 Plüschgarnitur mit Marmor, Nachtsch, Salonlampe, Mahagonitisch, Ausziehtisch, Küchenstuhl, Waschtisch, Plumentisch, Goshüster, Goshüster, Bettstellen m. Post, ganze Betten, Federbetten und Kissen, neue Kindermatratze, kleine Tischchen, Spiegel, Bilder u. verschiedenes. Krämers An- und Verkauf Kaiserstraße 69 Eingang Waldbornstr. 3740



Jeder darf radfahren mit meinem erlaubnisfreien Original-Spiral federreifen 7,75, Holzreifen 8,25, 1a Ganttaureifen 17,50, Eisenring 11.—, elastischer Feder-Holzreifen 18 M., alle per Stück. Kann jeder auf jede Felge auflegen. Umtausch gestattet, also kein Risiko. Täglich geliebert. — Wiederverkäufer Rabatt. — Schlawe, Berlin 353/578 Weinmeisterstraße 4.

Tierchutzverein Karlsruhe.

Sprechstunden: Mi. u. Sa. 11.30 Uhr bis 12.15 Uhr
Geschäftszimmer: Sofienstr. 28
Während der Sommermonate kommen bis auf weiteres die Mitglieder jeden zweiten Mittwoch im Monat in den „Bier Jahreszeiten“ Gebelstr. 21, am „Runden Tisch“ zusammen. 3738

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 12. Juni 1918, vorm. von 9 Uhr an findet im Auktionslokal des Leihhauses: Schwannstr. 6, 1. Stod, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 13520 bis mit Nr. 14943 gegen Barzahlung statt.
Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. 3708
Die Masse bleibt am Versteigerungstage, sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.
Karlsruhe, 6. Juni 1918.
Städt. Pfandleihkasse.

Mit der Not len Reich dem Gir nungsbäu Nechstag ersten B sidiom e wurden wähle f Heberlie gelegt. S sidenten, mit dem wurde. mit einem kanzer f kam, steh liebert. äuberst i Nacht ge Siden fo hier wird den sie n

Gleise, Kippwagen, Lokomotiven

laufen stets gegen so fortliche Pa zahlung in beliebigen Mengen

Gebr. Eichelgrün, Straßburg i. Elß.

Hausbursche

stabskundiger Radfahrer, evtl. auch weiblich, suchen

3704

Spiegel & Wels

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas,

werden fortwährend angekauft in An- und Verkaufsgeschäft

Kronenstraße 52. Tel. 3747

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft und verkauft

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, 3708

Markgrafenstraße 22.

Papier.

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, anzuliefern.

A. Braun & Co.

Vertreter

gesucht zum Besuch technischer Geschäfte, Eisenhandlungen und Fabrikbetrieben für Bay. und Provinz. Angeb. unter No. 3744 an die Geschäftsstelle des Volksfreund erbeten.

Drucksachen

werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtsregister, Anion Sauer von Münster, Schloffer hier. mit Anna Fischer von hier. Wilhelm Kraut von hier. Kaufmann hier, mit Elise Rittner von hier. Leonhard Berger von Zuzenhausen, Kassenbeamter in Pforzheim, mit Luise Scheidweiler von hier. Daniel Broch von Düsseldorf, Mechaniker in Wilhelmshaven, mit Luise Gammert von hier.
Geburten. Gertrud Margarethe, 3. Siegfried Straub, Fakturarbeiter. Elsa Maria, 3. Friedrich Vort. Maurice. Hedwig Margarethe, 3. Wilhelm Ludwig, Wäde. Leonore Pauline Erla, 3. Karl Pieper. Kaufmann. Emil Kurt Hans, 3. Georg Pieper, Techn. Assistent. Philipp Jakob, 3. Philipp Heider, Veräußerer. Frida Alma, 3. Emanuel Brombacher, Fuhrmann. Franz, 3. Franz Adler, Korbmacher. Gerbert Manfred, 3. Wilhelm Kohler, Postassistent. Alfred Georg, 3. Emil Göbler, Kaufmann.
Todesfälle. Sofie Wolff, 73 J. alt, Witwe von Peter Wolff, Ingenieur. Adolf Biegler, Obermesser a. D., Chemann, 69 J. alt. Amalie Madlot, 73 J. alt, Privatier.

Bezugspreis 1.10 M., 3 Post 1.24

Mit der Not len Reich dem Gir nungsbäu Nechstag ersten B sidiom e wurden wähle f Heberlie gelegt. S sidenten, mit dem wurde. mit einem kanzer f kam, steh liebert. äuberst i Nacht ge Siden fo hier wird den sie n

er steht Freiburg, Landtag, 1907—19 1903 ist er den wi schules in rebegegar

In der rung besel und die f wurde. die Reibe dem Präsi bisberigen und Gen ist, daß b denten bo Stimmen gen Ants Einfluß a 194 Stim Die C treten. M ohne weite Ausnahme

Behandlung war die P miltig der Wäbldium sich die P hen zu wä den P f l i in- und eigenen in des Gen man die K Platz unter ten glenbt ja angegeb galdemokra lung, die n solche Fra Wichtigkeit der Kaiser Feind un mochte dah Feinde lei dat sich nu einmal ein Kaisers m rtern statt gepfändente

Schöne Amtes aus solle eine wir, daß b logstrübüne ein offenes hatten über nllige gezei les steht. nerrigstiens nungsbäu